



**»IN DEN
WIDERSPRUCH
GEHEN«**

10 

**10 Jahre Ausstiegsarbeit
Rechts in Hamburg**

IMPRESSUM

Herausgeber:in

CJD Hamburg
Team Kurswechsel

Erscheinungsjahr

2024

Drucknummer des CJD

CJD-24-12-2205-1

Satz und Gestaltung

Tim Schacht
www.betadock.de

Kontakt

Ein Angebot des  Das Bildungs- und Sozialunternehmen

CJD Hamburg
Glockengießerwall 3
20095 Hamburg
Tel. 0 800 / 565 780 056
kurswechsel@cjd.de
www.kurswechsel-hamburg.de

Über das CJD

Das CJD ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein – und mit rund 11.000 Mitarbeitenden eines der größten Bildungs- und Sozialunternehmen in Deutschland. Innerhalb der Einrichtungen des CJD finden sich mehr als 1.000 professionelle bedürfnisorientierte Angebote, welche an mehr als 350 Standorten umgesetzt werden. Grundlage ist das christliche Menschenbild mit der Vision „Keiner darf verloren gehen!“.

Urheberrechtliche Hinweise

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Urheberrecht bleibt beim CJD Hamburg. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung gestattet. Zusätzlich muss die Quelle korrekt angegeben werden.

Haftungsausschluss

Die Hinweise in dieser Publikation wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Diese Handreichung ersetzt keine individuelle (juristische) Beratung. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen wird keine Gewähr übernommen.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung der unten aufgeführten Behörden dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Herausgeber:innen und Autor:innen die Verantwortung.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert durch



INHALT

4

Vorwort

Marius Dietrich
(Kurswechsel)

6

Grußwort von Melanie Schlotzhauer

Sozialsenatorin Hansestadt Hamburg

Grußwort von Martin Albermann

Gesamtleiter CJD Nord

7

Eine kurze Geschichte der Distanzierungs- und Präventionsarbeit mit jungen Menschen im Kontext rechtsextremer Orientierungen

Prof. Dr. Esther Lehnert
und Charlotte Heyl

13

Ideologearbeit als Kernaufgabe in der Ausstiegsberatung

Stephanie Thiel
(Kurswechsel)

18

„Ich bin sehr lange sehr skeptisch gegenüber Ausstiegsberatungen gewesen“

Ein Gespräch zwischen
Katharina König-Preuss und
Marcus Senftleben (Kurswechsel)

25

„Frieden“, „Freiheit“ und was noch? (Rechte) Einstellungen verschwörungs- gläubiger Personen und was daraus für die Ausstiegsarbeit folgt

Team NAVI

29

Und wenn sie nicht erreicht werden wollen?

Team PRISMA

32

Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit in postmigrantischen Communitys: Warum es perspek'tif:a braucht

Team perspek'tif:a

35

Pädagogik mit Zwang. Chancen und Herausforderungen der Ausstiegs- und Distanzierungs- arbeit mit (extrem) rechten Menschen im Zwangskontext

Team PräJus

40

Quellenangaben

44

Über Kurswechsel und seine Schwerpunkte

10 JAHRE WIDERSPRUCH

Als 2014 das Angebot Kurswechsel – Ausstiegsarbeit Rechts (im Folgenden abgekürzt Kurswechsel) von zwei Mitarbeiter*innen in Hamburg entwickelt und an den Start gebracht wurde, konnte noch niemand ahnen, welche positive Entwicklung die Beratungsstelle in den folgenden zehn Jahren nehmen würde. Neben der Herausforderung, in einer Millionenstadt wie Hamburg Fuß zu fassen, ein Konzept zu entwickeln und das Angebot bekannt zu machen, stand zu Beginn auch die feste Etablierung der Beratungsstelle als eine der zentralen Aufgaben im Vordergrund.

Heute hat sich die Mitarbeiter*innenzahl verfünffacht (teils in Voll-, teils in Teilzeit). Aus dem ursprünglichen Beratungsangebot haben sich weitere Schwerpunkte (NAVI; perspektiva; PräJus) und ein Modellprojekt (PRISMA) entwickelt. Ein weiteres Modellprojekt (dekonstrukt / 2017–2019) wurde zudem schon erfolgreich abgeschlossen. Zusätzlich konnten eine Vielzahl an Kooperationspartner*innen in Hamburg (u. a. Diakonie, LI, VHS, SPFZ, Hochschulen Das Rauhe Haus und HAW) und darüber hinaus (u. a. die zivilgesellschaftlichen Ausstiegs- und Distanzierungsberatungsstellen in Norddeutschland und die Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“) gewonnen werden. Kurswechsel hat zahlreiche Veröffentlichungen vorzuweisen (prominent zu nennen wären hier die Broschüren „Gemeinsam den Kurs wechseln. Distanzierungsprozesse und Ausstieg aus (extrem) rechten Einstellungen und Gruppierungen unterstützen“ und „Fokusheft Verschwörungserzählung. Herausforderungen für die Präventions- und Interventionsarbeit“). Zudem sind die Mitarbeiter*innen in überregionalen Kontexten

als Expert*innen gefragt (u. a. für wissenschaftliche sowie mediale Interviews bei ZEIT ONLINE; Deutschlandfunk; FAZ). Zusätzlich übernahm Kurswechsel die Koordination des „Nordverbands Ausstieg Rechts“, in dem sich die zivilgesellschaftlichen Ausstiegs- und Distanzierungsberatungsstellen Norddeutschlands zusammengeschlossen haben. Durch diese Kooperation werden Hürden durch Bundeslandgrenzen überwunden.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich also viel getan. Aus diesem Grund entstand im vergangenen Jahr die Idee, einen Einblick in die Arbeit von Kurswechsel und seinen Schwerpunkten zu geben. Mit dieser kleinen Broschüre möchten wir nicht nur unsere aktuelle Arbeit vorstellen, sondern auch die Haltung und das Selbstverständnis von Kurswechsel verdeutlichen.

Die Grundlage dafür schaffen die beiden Wissenschaftler*innen Prof. Dr. Esther Lehnert und Charlotte Heyl in ihrem Artikel „Eine kurze Geschichte der Distanzierungs- und Präventionsarbeit mit jungen Menschen im Kontext rechtsextremer

Orientierungen“. Ausgehend vom Konzept der sogenannten „akzeptierenden Jugendarbeit“ in den 1990er Jahren und der darauffolgenden Neuausrichtung, die mit der Entstehung von spezialisierten Ausstiegsberatungsstellen in den 2000er Jahren einherging, umreißen die beiden Autor*innen die Historie und Professionalisierung der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit.

Im folgenden Text zeigt Stephanie Thiel, auf welchem Selbstverständnis die Arbeit von Kurswechsel beruht. Dabei wird deutlich, dass ein „Ausstieg“ nicht nur das bloße „Wegbleiben“ aus Strukturen ist, sondern dass gerade auch die Bearbeitung der Einstellungsebene von zentraler Bedeutung ist.

Anschließend folgt ein Gespräch mit Katharina König-Preuss, Sprecherin für Migrationspolitik, Antifaschismus und Antirassismus in der Fraktion „Die Linke“ im Thüringer Landtag. Katharina König-Preuss ist seit ihrer Jugend aktiv gegen Rechts-Extremismus und engagiert sich seit vielen Jahren für die Aufklärung rund um den „NSU-Komplex“. Marcus Senftleben von Kurswechsel tauscht sich mit ihr über das Thema Ausstieg aus (extrem) rechten Szenen und Einstellungen sowie über die Grenzen dieses Arbeitsfeldes aus.

Am Ende der Broschüre stehen Debattenbeiträge der verschiedenen Schwerpunkte von Kurswechsel. Dabei werden, neben der Unterschiedlichkeit in der inhaltlichen Ausrichtung, drei Dinge deutlich: erstens, dass die Arbeit für die Ausstiegs- und Distanzierungsberatungsstellen noch lange nicht zu Ende ist; zweitens, dass sich auch die Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit stetig weiterentwickeln muss – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der diversen Herausforderungen, die sich abzeichnen; drittens, dass eine klare Haltung den Rahmen unserer Arbeit bestimmt und unverzichtbar ist.

*Personen mit (extrem) rechten Einstellungen finden sich auch in den Angeboten der Sozialen Arbeit wieder. Für die Mitarbeiter*innen ist dies eine Herausforderung, da sie nicht die Möglichkeit haben, den Kontakt abzubrechen, sondern weiterhin Beziehungsaufbau und Beziehungsarbeit leisten müssen.*

*Fortbildungen für Mitarbeitende spielen in diesem Themenfeld daher eine enorm wichtige Rolle. Wie ein professioneller Umgang mit Klient*innen mit rechten Einstellungen aussehen kann, welche Möglichkeiten der Grenzssetzungen Sozialarbeiter*innen haben oder an welche Stellen sich Mitarbeiter*innen, aber auch Klient*innen wenden können, wurde in den Fortbildungen „Pädagogischer Umgang mit (extrem) rechten Einstellungen“, die Kurswechsel für die Diakonie Hamburg durchgeführt hat, vermittelt. Fundiert, sensibel und praxisnah vermittelten die Mitarbeiter*innen des multiprofessionellen Teams Möglichkeiten des Pädagogischen Umgangs und boten weiterführende Begleitung bei schwerwiegenden Fällen an.*

Marjan van Harten, ehem. Bildungsreferentin Diakonie Hamburg

In einer der ersten Veröffentlichungen im Jahr 2017 schrieben die Mitarbeiter*innen von Kurswechsel, „dass das Feld im Allgemeinen und in einer Metropole wie Hamburg im Besonderen ein schwieriges sein wird. Schwierig nicht nur, weil wir uns erst einmal mit unserem pädagogischen Konzept und klarer Haltung bei unseren Adressat*innen, Netzwerkpartner*innen und den Regelstrukturen etablieren müssen, sondern auch, weil wir gegen sich zuspitzende gesamtgesellschaftliche Tendenzen anarbeiten müssen, die unsere konkrete Arbeit häufig als den Kampf von Don Quijote gegen Windmühlen erscheinen lassen.“

Heute kann Kurswechsel im Rückblick feststellen, dass die Etablierung und Vernetzung in Hamburg gelungen ist. Die Zuspitzung gesellschaftlicher Tendenzen und damit einhergehend die zunehmende Verbreitung und Verfestigung (extrem) rechter Einstellungen hat hingegen weiter an Fahrt aufgenommen. Dem etwas entgegenzusetzen ist weiterhin Ansporn und Anspruch unserer Arbeit.

Marius Dietrich

für das Team Kurswechsel
im November 2024

GRUSSWORTE

Sehr geehrte Damen und Herren,

Kurswechsel leistet seit zehn Jahren sehr wertvolle Arbeit für unsere vielfältige Hamburger Stadtgesellschaft und ist ein integraler Bestandteil der Hamburger Fach- und Beratungslandschaft gegen Rechtsextremismus.

In Hamburg sind wir dank Kurswechsel für die kommenden Herausforderungen gut aufgestellt, da Sie mit hoher Professionalität, klarer Haltung und innovativen Ansätzen sehr wertvolle Arbeit für unsere Demokratie leisten! Im Namen des Senats danke ich Ihnen für die Stärkung der Zivilgesellschaft und gratuliere Kurswechsel herzlich zum Jubiläum.

Melanie Schlotzhauer

Senatorin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration der Freien und Hansestadt Hamburg



*Liebe Leser*innen, liebes Team „Prävention Intervention Rechts“ aus Hamburg, liebe Mitarbeiter*innen von „Kurswechsel – Ausstiegsarbeit Rechts“,*

der Satz „Keiner darf verloren gehen“ ist für das CJD Nord Vision und Anspruch zugleich. Aus diesem Grund setzen wir in mehr als 50 Standorten und mit mehr als achthundert Mitarbeiter*innen diesen Satz tagtäglich in die Tat um. Wir unterstützen dabei Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit unterschiedlichen Bedarfen. Schwerpunkte sind die Förderung, Betreuung und Pflege genauso wie die schulische, berufliche, rehabilitative und inklusive Bildung. Aber auch angewandte Sozialforschung und politische sowie Demokratiebildung gehören zu unserem Tätigkeitsfeld.

Seit nunmehr zehn Jahren ist auch „Kurswechsel – Ausstiegsarbeit Rechts“ ein Teil dieser Arbeit. Zwischenzeitlich im CJD Niedersachsen und nun wieder zurück im CJD Nord unterstützt das engagierte Team Menschen dabei, sich von ihren (extrem) rechten Einstellungen zu lösen und wieder Teil einer demokratischen und vielfältigen Gesellschaft zu werden. Zusätzlich hat sich die Beratungsstelle in

Hamburg für Netzwerkpartner*innen, Fachkräfte, Angehörige und Bezugsperson fest etabliert. Sie ist dabei Anlaufstelle um zu erfahren, wie adäquat gegen (extrem) rechte Äußerungen vorgegangen werden kann und welche Möglichkeiten es gibt, Menschen bei ihrer Distanzierung und ihrem Ausstieg zu unterstützen und zu begleiten.

In einer Welt, in welcher rechtsextreme Ideologien und Verschwörungserzählungen immer mehr Zulauf erfahren, Europa einen Rechtsruck erlebt, wir in einem sich schnell verändernden Kosmos leben und Menschen Sicherheit in einfachen Antworten suchen, braucht es Fachstellen, welche helfen, dagegen vorzugehen und aufzuzeigen, wie menschenverachtende Einstellungen auch wieder abgelegt werden können.

Zehn Jahre leistet „Kurswechsel – Ausstiegsarbeit Rechts“ nun schon diese wertvolle und gewinnbringende Arbeit für unsere Gesellschaft, um das „Keiner darf verloren gehen“ Wirklichkeit werden zu lassen.

Dazu herzlichen Glückwunsch und vielen Dank!

Martin Albermann

Gesamtleitung CJD Nord

EINE KURZE GESCHICHTE DER DISTANZIERUNGS- UND PRÄVENTIONS- ARBEIT MIT JUNGEN MENSCHEN IM KONTEXT RECHTSEXTREMER ORIENTIERUNGEN

November 2023. In Potsdam wird in einem Landhotel ein ‚geheimes‘ Treffen abgehalten, bei dem Martin Sellner, Aktivist der extrem rechten ‚Identitären Bewegung‘, einen „Masterplan“ vorstellt. Es handelt sich hier um die Planung von Deportationen „für Asylbewerber, Ausländer mit Bleiberecht, sowie ‚nicht assimilierte‘ deutsche Staatsbürger“ (vgl. Bensmann et al. 2024). Anwesend sind Abgeordnete der AfD, (solvente)

Einzelpersonen, die mitunter seit Jahrzehnten in der extrem rechten Szene aktiv sind, sowie einige Mitglieder der CDU. Die Veröffentlichung dieses Treffens durch das unabhängige und gemeinnützige Investigativprojekt Correctiv löste in Deutschland großes Entsetzen aus: Noch Wochen danach gehen Hunderttausende auf die Straße, um gegen die AfD und Rechtsextremismus zu demonstrieren.

Ungeachtet dessen beschließt der Bundestag härtere Abschieberegel: Am 18.01.2024 wird das „Rückführungsverbesserungsgesetz“ verabschiedet, das u. a. neue Vorgaben bezüglich einer „vereinfachten Abschiebung“ vorsieht. Insgesamt drängt sich hier ein Vergleich zum sog. „Asylkompromiss“ vom 26.05.1993 auf: Hier wurde wenige Monate nach den rassistischen Pogromen u. a. in Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda und den rassistischen Brandanschlägen in u. a. Mölln und Solingen das Grundrecht auf Asyl umfassend eingeschränkt. Es sind auch die Vorstellungen einer „guten Mitte“, die zu einer Normalisierung extrem rechter Positionen, deren Legitimierung und Verharmlosung beitragen. Was hier deutlich wird: Heute wie vor 30 Jahren gab und gibt es die Notwendigkeit für eine fachliche Präventions- und Ausstiegs-/Distanzierungsarbeit.

Zunächst stellen wir dar, welches begriffliche Verständnis diesem Artikel zugrunde liegt. Danach skizzieren wir die Entwicklungsgeschichte des Handlungsfeldes. Einen besonderen Schwerpunkt legen wir, insbesondere vor dem Hintergrund, dass dieser Bereich immer noch viel zu wenig thematisiert wird, auf die Auseinandersetzung mit der Kategorie

Gender. Diese Auseinandersetzung führen wir auf einer analytischen und sozialpädagogischen Ebene. Wir schließen mit dem Hinweis auf die stärker werdende Gefahr zunehmender Radikalisierungen im digitalen Raum.

Wir orientieren uns mit der Formulierung „extrem rechts“ an einer Definition, die eine Alternative eröffnet zu der Vorstellung von bedrohlichen „Rändern“ und einer „guten Mitte“ der Gesellschaft.

„Rechtsextremismus“ wird als die Gesamtheit von undemokratischen, antipluralistischen, geschichtsrevisionistischen und autoritaristischen Einstellungen oder Aktionen von Einzelpersonen und Gruppen gefasst, die von der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschen ausgehen und darauf abzielen, entsprechende Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu etablieren oder zu verstärken (vgl. Virchow 2016). Birls (2011) und Lehnert & Radvan (2016) verweisen auf die Relevanz binärer Geschlechtervorstellungen im Rechtsextremismus und der damit einhergehenden strukturellen Abwertung von Frauen*. Wir orientieren uns mit der Formulierung „extrem rechts“ an einer Definition, die eine Alternative eröffnet zu der Vorstellung von bedrohlichen „Rändern“ und einer „guten Mitte“ der Gesellschaft.

Präventionsarbeit und Ausstiegs-/Distanzierungsarbeit

Beide Bereiche stehen insofern in einem unmittelbaren Zusammenhang, als die Motive der Hinwendung und/oder Radikalisierung zentrale Hinweise auf eine mögliche Distanzierung und/oder Abwendung bereithalten. Mit anderen Worten: Ohne eine Auseinandersetzung mit diesen Motiven gelingt keine Ausstiegs-/Distanzierungsarbeit. Wenn wir in diesem Artikel von Prävention sprechen, haben wir in der Regel alle drei Präventionsbereiche im Blick.

Der Begriff Präventionsarbeit ist seit Jahren in vielen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit und Pädagogik weit verbreitet. Die Konjunktur des Präventionsparadigmas geht einher mit dem Umbau des versorgenden Wohlfahrtsstaats zu einem aktivierenden (d. h. an neoliberale Notwendigkeiten angepassten) Sozialstaat. Im Zuge der Anpassungen an Grundsätze der Agenda 2010 – fördern UND fordern – kam es flächendeckend zu einem Abbau der Förderung von Regelangeboten (in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), Streetwork, Schulsozialarbeit etc.). Das Präventionsparadigma – zu verhindern, dass etwas „schlimmer“ wird – bot noch die Möglichkeit einer (geringen) Ersatzfinanzierung.

Für die (sozial)pädagogische Arbeit im Kontext von Rechtsextremismus wird allgemein zwischen Primär-/Universal-, Sekundär- und Tertiärprävention unterschieden. Unter primärer Prävention wird das Verhindern problematischer Einstellungen und Handlungsweisen im Vorfeld verstanden. Mit sekundärer Prävention sind Ansätze gemeint, die eine Verstärkung bereits bestehender problematischer Einstellungen und Handlungsweisen zu verhindern suchen, beispielhaft lassen sich hier sozialpädagogische Ansätze in der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen anführen, die noch kein geschlossenes rechtes Weltbild aufweisen. Tertiäre Prävention reagiert auf bereits manifeste Haltungen. In der Praxis finden sich hierzu Ansätze in der Jugend- und Einzelfallarbeit oder in Zwangskontexten (z. B. Einrichtungen des Justizvollzuges und Schule). Pädagogische Fragestellungen werden für diesen Bereich oft im Kontext von Anti-Gewalt- und Anti-Aggressionstrainings diskutiert und in Richtung ausstiegsorientierter Arbeit gedacht (vgl. u. a. Radvan & Lehnert o. J.). Angebote und Ansätze der Ausstiegs- oder Distanzierungsarbeit sind folgend in den Bereichen der Sekundär- oder Tertiärprävention zu verorten.

Eine kurze Geschichte der Präventionsarbeit gegen Rechts

In den späten 1980er Jahren wird in Westdeutschland über die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen diskutiert und erste Ansätze in einem sozialpädagogischen studentischen Projekt der Fachhochschule Bremen erprobt. Krafeld entwickelt aus diesen ersten Erfahrungen das Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit“ (Krafeld 1996), das schnell Eingang in damals noch neue Handlungsfelder wie Streetwork oder Soziale Arbeit mit Fußballfans und die OKJA findet. Insbesondere durch die bereits erwähnten Pogrome und Brandanschläge Anfang der 1990er Jahre war deutlich geworden, dass die Präventions- und Interventionsarbeit von und gegen Rechtsextremismus intensiviert werden musste. In den neuen Bundesländern konnte zudem kaum auf eine demokratisch orientierte, langjährig gewachsene und breit aufgestellte Zivilgesellschaft und auf keine etablierte Jugendhilfestruktur zurückgegriffen werden. Alle bisher bestehenden sozialpädagogischen Strukturen waren gerade kahlschlagartig abgewickelt worden. Das erste Bundesprogramm AgAG („Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“) war eine (schwache) Antwort auf die explodierende rechte Gewalt. Die Konzeption von AgAG umfasste sowohl die Auseinandersetzung mit Gewalt und Rechtsextremismus als auch den Aufbau neuer Jugendhilfestrukturen. Eine weitgehend unreflektierte Übernahme des Ansatzes der „akzeptierenden Jugendarbeit“ für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in den neuen Bundesländern erwies sich als fatal. Der Ansatz war für eine multikulturelle Stadtgesellschaft mit einem breiten Konsens gegen neonazistische Gruppierungen konzipiert worden, nicht für eine hegemoniale rechtsextreme (Jugend)kultur. Es fehlte außerdem an notwendigen fachlichen Qualifikationen und einer nachhaltigen Ausstattung. Eine der Folgen war, dass es – wenn auch ungewollt – zur Stärkung extrem rechter Strukturen kam und die Jugendhilfe hierfür Räume und Ressourcen zur Verfügung stellte. Die fachlich geführte Debatte und öffentlich geäußerte Kritik führten schließlich zu einer Umorientierung der folgenden Bundesprogramme: weg von der dominanten Konzentration auf die Arbeit mit (gewaltbereiten) Jugendlichen und hin zur Stärkung einer generationenübergreifenden demokratischen Zivilgesellschaft (für eine Übersicht der folgenden Bundesprogramme vgl. Amadeu Antonio Stiftung/Fachstelle Gender, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus 2023: 11–13).

Ab 2000 entstanden zunehmend ausstiegs- und distanzierungsorientierte Projekte, die sich inzwischen weitgehend etabliert haben. Eine wichtige, wenn gleich nicht die einzige, Zielgruppe sind junge Menschen, die (noch) nicht straffällig geworden, aber durch menschenfeindliche Aussagen aufgefallen sind. Die pädagogische Praxis setzt überwiegend auf Einzelgespräche, da Distanzierungsarbeit sehr individuelle Ansätze benötigt (vgl. Schuhmacher 2019). Insbesondere Hinwendungsaspekte, Arbeit an der Biografie, lebensweltlich orientierte narrative Nachfrage und eine kritisch-zugewandte Haltung bedeuten wichtige Werkzeuge in der Distanzierungsarbeit (vgl. Baer et al. 2014). Von hohem Wert sind außerdem die Arbeit an der (extrem) rechten Ideologie (vgl. NinA NRW 2018) und bindungsgeleitete Interventionsansätze (vgl. Adrian et al. 2022), wobei zu jeder Zeit eine klare politische, menschenrechtsbezogene, pädagogische Haltung gewahrt werden muss.

Distanzierungsangebote adressieren überwiegend Personen, die durch Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auffallen (z. B. Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg (BAG) 2019; Kurswechsel 2020). Dabei weisen die (meist männlichen) Adressat*innen zusätzlich oft komplexe multiple Problemlagen auf und befinden sich in (offen) extrem rechten Szenen und gewaltaffinen Lebensrealitäten. Vor allem Mädchen* und junge Frauen* werden außerhalb von Cliquen- und Gruppensettings kaum erreicht – allerdings auch nicht gesondert adressiert (vgl. Schuhmacher 2019; Amadeu Antonio Stiftung 2023: 39). Auf eine Nicht-Adressierung bzw. auf die Gefahren des Übersehens von Frauen* und Mädchen* vor dem Hintergrund ihrer „doppelten Unsichtbarkeit“ wird seit Jahren verwiesen (u. a. Lehnert & Radvan 2022). Hier ist auf eine Besonderheit von AgAG hinzuweisen: Ungeachtet der von uns beschriebenen konzeptionellen und praktischen Herausforderungen und Defizite wurde die sozialpädagogische Arbeit mit rechten Mädchen* und jungen Frauen* besonders gefördert. In den folgenden Bundesprogrammen gab es keinen derartigen Förderschwerpunkt mehr, d. h. in den jeweiligen Clustern wurden entweder Jugendliche

Eine weitgehend unreflektierte Übernahme des Ansatzes der „akzeptierenden Jugendarbeit“ für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in den neuen Bundesländern erwies sich als fatal. Der Ansatz war für eine multikulturelle Stadtgesellschaft mit einem breiten Konsens gegen neonazistische Gruppierungen konzipiert worden, nicht für eine hegemoniale rechtsextreme (Jugend)kultur.

generell adressiert oder „rechtsextrem gefährdete männliche Jugendliche“.

Erst 2011 kam es zur Gründung der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus (jetzt Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus) der Amadeu Antonio Stiftung. Seitdem existiert auch der dort angesiedelte AK geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention. Auch andere Organisationen wie z. B. die Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. (BAG 2022) haben entsprechende Arbeitsgruppen gebildet, so dass das Thema inzwischen deutlich präsenter ist als noch vor wenigen Jahren.

Die BAG wurde 2016 als Verein gegründet; als Zusammenschluss existiert sie jedoch bereits seit 2009. Als Dachverband der zivilgesellschaftlichen Ausstiegs- und Distanzierungsangebote vertritt sie nicht nur deren Anliegen und Interessen nach außen hin, sondern erarbeitet auch gemeinsam mit ihnen Definitionen, Konzepte und Standards, um die Professionalisierung des Feldes voranzubringen. So wurden z. B. grundlegende Begriffe definiert (BAG 2024), Standards für die Ausstiegsarbeit erarbeitet (BAG 2019) sowie Weiterbildungskurse und Grundlagenmaterial für die Gesprächsführung mit rechtsextremen Menschen entwickelt (BAG o.J.; BAG 2023). Seit 2021 hält die BAG zudem die Trägerschaft für das vom Bundesprogramm „Demokratie leben“ geförderte Modellprojekt „AIDArex – Akademie für Innovationen in der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit aus der extremen Rechten“. Ziel von AIDArex ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse in das (zivilgesellschaftliche) Handlungsfeld zu integrieren und die Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit weiter zu professionalisieren. Sechs unterschiedliche „Innovationsgruppen“ (IG) bündeln die zentralen Inhalte und damit zusammenhängende Herausforderungen. Der Relevanz der Kategorie Gender wird mit einer eigenen Innovationsgruppe Rechnung getragen (vgl. die Handreichung der IG Gender: Wie umgehen mit (extrem) rechten Frauen* und Mädchen*?). Weitere Innovationsgruppen der Akademie sind Psychologie, Gedenkstätten, Verschwörungserzählungen, Weisung und Digitales.

Die Notwendigkeit genderreflektierender Konzepte

Zwei Aspekte sind insbesondere maßgeblich für den Einbezug genderreflektierender Perspektiven im Kontext einer *nachhaltigen* Präventionsarbeit:

Der erste Punkt betrifft die Relevanz der Kategorie „Gender“ (etwa auch entlang von Antifeminismus, Sexismus, Misogynie sowie Queer- und Transfeindlichkeit) im Rechtsextremismus und in angrenzenden völkisch-autoritären Mobilisierungen. Das dichotome, hierarchische Geschlechterverhältnis bildet das innere Fundament der völkischen Ideologie („Volksgemeinschaft“). Der Kampf gegen „Gendermainstreaming“, „Gendergaga“ oder die „Verweiblichung der Jungen und Männer“ sind relevante rechtsextreme Strategien. Zum zweiten ist es aus einer Perspektive kritischer Wissenschaft, kritischer Pädagogik und Sozialer Arbeit unabdingbar, grundsätzlich Phänomene auf ihre Bedeutung und Funktion zu hinterfragen, die als „natürlich“ oder „wesensgemäß“ erscheinen. Eine Besonderheit der geschlechtlichen Sozialisation oder des geschlechtlichen Habitus (Bourdieu 2005) liegt in der Verschleierung des Herstellungsprozesses. Geschlecht wird unhinterfragt als „natürlich“ angesehen. Die Aktualität der antifeministischen Strategie zur Erhaltung männlicher Hegemonie ist virulent: Kampagnen von AfD und Co. gegen Gendermainstreaming und „Gendergaga“, Forderung nach Abschaffung der Gender Studies (Alternative für Deutschland 2017). Zusätzliche Nahrung erfährt das Konstrukt einer „Natur“ in der Ablehnung geschlechtergerechter Sprache bis hin zu Gender-Verboten in (Teilbereichen der) Bundesländern, wie beispielsweise Sachsen-Anhalt, Sachsen, Schleswig-Holstein oder Bayern.

Damit einher geht die Annahme einer „natürlichen“ Zweigeschlechtlichkeit, bei der gesellschaftliche Annahmen und Praktiken zur „Natur“ erklärt werden und normativ wirken, was weit über die extreme Rechte hinaus in alle gesellschaftlichen Bereiche anschlussfähig ist.

Eine Pluralisierung von Frauen*rollen – erkämpft von Frauen*bewegungen – findet sich auch im Rechtsextremismus wieder (Lehnert 2017) und muss auch im Kontext von Präventionsarbeit (und natürlich Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit!) fachlich reflektiert werden. Ob als „Postergirl“ der „Identitären Bewegung“, als AfD-Politikerin, völkische Siedlerin, Geschäftsfrau, Netz-Aktivistin oder Mitläuferin: viele Weiblichkeiten haben ihren Platz. Das Bild der blonden Mutter am Herd greift zu kurz (auch wenn blonde Zopffrisuren auf Instagram-Accounts von extrem rechten Aktivist*innen wieder sehr en vogue sind). Femonationalistische Gruppen inszenieren sich als „Rettung der (weißen) Frau“ und versuchen, ihre völkisch-autoritären Ansichten

hinter einem „feministischen Gewand“ zu verbergen. Julia Haas spricht hier von „wehrhafter Feminität“ (vgl. Haas 2021). Trotzdem besteht das Klischee des „unpolitischen Mädchens“ und der „friedfertigen Frau“ weiterhin.

Männlichkeiten und Rechtsextremismus

Auch durch rechtsterroristische Anschläge und aktuelle Studien wird die Relevanz von Misogynie und Antifeminismus für die extrem rechte Ideologie deutlich. Ein affirmatives Männer-Bild wird genutzt, um hierarchische Strukturen und Ungleichheit, Ungleichwertigkeit zu propagieren – auch jenseits der Geschlechter. Dieser antiweibliche Komplex gilt für viele (junge) Männer als Einstieg in die rechte Ideologie (vgl. Heyl 2023). Extrem rechte Influencer und Politiker wie Maximilian Kraus von der AfD versprechen, endlich wieder Mann sein zu dürfen. Extrem rechte Kameradschaften und Organisationen wurden schon immer als Männerbünde schlechthin angesehen; die enorme Präsenz von Männern in diesen Kreisen gilt als selbstverständlich. Dieser Mythos von Kameradschaft scheint für viele (junge) Männer attraktiv. Die starre Geschlechtsidentität, die trotz gesellschaftlicher Veränderungen und Verwerfungen einen ahistorischen Fluchtpunkt bilden kann, bietet ihnen vermeintliche Sicherheit. In ihrem Verständnis von „Männlichkeit“ ist kein Platz für Schwäche, Weichheit, Zärtlichkeit. Bereits die Wünsche hier nach gelten als unmännlich und dürfen nicht existieren. Ungeachtet der Tatsache, dass es „natürlich“ auch schwule Rechtsextreme gibt (vgl. u. a. Claus & Müller 2010), wird Schwulenfeindlichkeit innerhalb der Szene offen gelebt und (vermeintlich) schwule Männer werden Opfer rechter Gewalt. In diesem Beharren und der Leugnung nicht-identitärer Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit finden rechtsextreme Vorstellungen über die Geschlechterordnung bis weit in die Mitte unserer demokratischen Gesellschaft Verbreitung.

Ein neuer „geschlechtsspezifischer“ Trend wurde in einer aktuellen Studie erkannt: Frauen zwischen 18–29 neigen zunehmend zu progressiven Ansichten, während gleichaltrige Männer eher konservative oder rechte Werte vertreten – die sogenannte „ideology gap“ (vgl. Burn-Murdoch 2024). Insbesondere die soziale Konstruktion von „Männlichkeit“ scheint eine wachsende Anziehungskraft auf diese Männer auszuüben.

Zudem verlagern sich die Lebensrealitäten vieler (junger) Menschen zunehmend ins Internet,

wodurch sie noch leichter mit rechtsextremen Inhalten in Berührung kommen. Dies stellt die Präventions- und Distanzierungsarbeit vor besondere Herausforderungen, da die Radikalisierung oft in klandestinen Räumen (z. B. Telegramchats) stattfindet (vgl. von Drachenfels et. al 2018). Zunehmend gibt es Konzepte zur digitalen Jugendarbeit wie Online-Streetwork: aufsuchende Soziale Arbeit in sozialen Netzwerken statt auf der Straße. Außerdem wird versucht, den Gaming-Bereich mit dem Präventions- und Distanzierungsbereich zu verknüpfen. Allerdings sind die Strategien extrem rechter Akteur*innen im Internet vielfältig und verändern sich ständig. Bewusst werden alltägliche Verunsicherungen aufgenommen und mit passenden „Orientierungshilfen“ versorgt, die in ein extrem rechtes Weltbild münden. Neben dem Anwerben verfolgen extrem Rechte dabei auch das Ziel, politische Gegner*innen öffentlich „auszuschalten“. Beispielsweise Rechtsextremist Mario Müller, der das Profil „Dokumentation Linksextremismus“ auf X betreibt und Fotos, Adressen von linken Aktivist*innen und vertrauliche Dokumente der Staatsanwaltschaft veröffentlicht (Peters et. al 2024).

Aktuell scheint die Dringlichkeit von Präventions- und Distanzierungsarbeit erkannt zu werden. Trotz aller Enthüllungen und Bekundungen rechtsextremer Akteur*innen bildet sich eine neue Form der Gegenwehr in der breiten Gesellschaft. Als Praktiker*innen, Expert*innen und Multiplikator*innen hoffen wir auf verstärkten Zusammenhalt und Organisation sowie auf eine nachhaltige Finanzierung der Strukturen für langfristige Präventions- und Distanzierungsarbeit. ◀

Quellen und Literatur zu diesem Artikel ab Seite 40

Prof. Dr. Esther Lehnert, Erziehungswissenschaftlerin. Seit 2015 an der Alice Salomon-Hochschule. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u. a. Gender und Rechtsextremismus, sozialpädagogische Strategien gegen Rechtsextremismus und Geschichte der Sozialen Arbeit. Außerdem ist sie u. a. Beraterin der Fachstelle Gender, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio-Stiftung.

Charlotte Heyl, M. A. Praxisforschung in Sozialer Arbeit und Pädagogik sowie angehende Promovendin. Seit Anfang 2024 Lehrbeauftragte an der Alice Salomon-Hochschule. Neben ihren Forschungsschwerpunkten der Männlichkeitskonstruktion, frauenhassenden Strömungen und digitalen Sphären lehrt sie sozialmedizinische/psychiatrische Grundlagen Sozialer Arbeit.

TESTIMONIALS

Durch Kurswechsel habe ich meinen Weg aus der rechten Szene geschafft und bin froh über die professionelle Hilfe und Unterstützung, die nicht nur den Hass aus meinem Kopf vertrieben hat, sondern auch neue Eindrücke, wunderbare Erlebnisse und die Vielfältigkeit der Welt hineingebracht hat.

Anke, Aussteigerin (Name zum Schutz der Person geändert)

In den Jahren der Pandemie und den damit einhergehenden Verschwörungserzählungen habe ich die Zusammenarbeit und den Austausch mit Kurswechsel für mich als enorm bereichernd und fruchtbar intensiv wahrgenommen. Mit den breit aufgestellten Bildungsangeboten, der fachlichen Expertise sowie der Beratungsarbeit ist Kurswechsel ein elementarer Bestandteil im Netzwerk unterschiedlicher Beratungsstellen. Gerade in den letzten Jahren mit den Auseinandersetzungen um die Pandemie, um den Krieg Russlands gegen die Ukraine und seit jüngstem die mit antisemitischen Narrativen unterlegten Diskurse angesichts des Krieges zwischen Israel und der Hamas wurde eines deutlich: Rechtsextreme, reichsbürgerliche, rechtsesoterische und verschwörungsideologische Vorstellungen finden ihren Widerhall bis in die Mitte der Gesellschaft und in die Parlamente hinein. Um dieser Infragestellung der Grundlagen unseres Gemeinwesens und eines friedlichen Zusammenlebens in unserem Land zu begegnen, bedarf es vielfältiger Beratungs- und Informationsangebote. Gut, dass Kurswechsel seit zehn Jahren dazugehört und auch weiterhin dazugehören wird!

**Jörg Pegelow, Pastor, Arbeitsstelle für Weltanschauungsfragen
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland**

Kurswechsel habe ich kennengelernt, als sich in meinem nahen familiären Umfeld jemand radikalisierte. KONTAKTABBRUCH war keine Option. Ignorieren oder Hinnehmen aber auch nicht. Dann habe ich mich informiert und bin auf Kurswechsel gestoßen. Dort wurde ich nicht nur mit all meinen Sorgen aufgefangen. Sondern auch mit Strategien, Anregungen und Hintergrundwissen ausgestattet: Was steckt hinter einer Radikalisierung? Und wie gehe ich damit um? Es war eine umfassend gute Erfahrung. Nur zu empfehlen für Angehörige von Menschen, die sich radikalisiert haben.

Britta Keller, Beratungsnehmerin (Name zum Schutz der Person geändert)

IDEOLOGIEARBEIT ALS KERNAUFGABE IN DER AUSSTIEGS- BERATUNG

Das Feld der Ausstiegsberatung ist noch immer vergleichsweise jung. In den frühen 1990ern wurde angesichts grassierender extrem rechter Gewalt* in den damals noch neuen Bundesländern das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) aufgelegt. Es sollte die Gewalt reduzieren und zugleich Jugendhilfestrukturen schaffen. Dabei kam vor allem

die sogenannte „akzeptierende Jugendarbeit“ zur Anwendung. Sie wurde praktisch von Beginn an kritisiert, weil sie die (extrem) rechte Ideologie entpolitisierte, indem sie davon ausging, bei den rechten Jugendlichen handle es sich um sogenannte „Wendeverlierer“, denen man nur helfen müsse, um das Problem zu lösen (Bruhns 2022).

Der Ansatz kam schnell in den Ruf, „Glatzenpflege auf Staatskosten“ (Drieschner 1993) zu betreiben und gilt heute als gescheitert (Baer 2014; Kleffner 2015; vgl. den Beitrag von Lehnert & Heyl in diesem Band).

Ab dem Jahr 2000 wurden dann sukzessive zivilgesellschaftliche Ausstiegsberatungsstellen gegründet, ab dem Jahr 2001 auch staatliche Programme. Zwar gibt es Überschneidungen in den Zielsetzungen und Vorgehensweisen der staatlichen und der zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen, zugleich folgen die Programme aber auch teils divergierenden Zielen und Logiken. Grob gefasst lässt sich sagen, dass das Ziel der staatlichen Programme im Schutz der inneren Sicherheit und insbesondere der

freiheitlich-demokratischen Grundordnung liegt (z. B. BfV o.J.; Figlestahler & Schau 2023; Stärck 2018). Damit rückt die Deradikalisierung extrem rechter Akteur*innen ins Zentrum, wohingegen das Ziel der zivilgesellschaftlichen Ausstiegshilfen, die sich in der Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. (BAG) zusammengeschlossen haben, deutlich weiter gefasst ist. Hier geht es nicht „nur“ um einen „Verzicht auf Gewalt und die Hinwendung zu einer Lebensweise, die mit demokratischen Grundwerten vereinbar ist“ (BAG o.J.), sondern auch um eine „kritische Reflexion menschenverachtender Ideologien“ (ebd.). Diese grobe Unterteilung und Charakterisierung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Ausstiegsstellen ist als eine idealtypische zu verstehen, denn natürlich gibt es innerhalb der beiden Gruppen divergierende Vorgehensweisen und auch Zielsetzungen. Dennoch lässt sich verallgemeinernd sagen, dass der Anspruch der zivilgesellschaftlichen Ausstiegsberatungsstellen weniger staatszentriert und stärker menschenrechtsorientiert ausfällt.

* insbesondere in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, um die bekanntesten zu nennen. Gleichzeitig muss angemerkt werden, dass das Problem extrem rechter Gewalt beileibe nicht nur im Osten auftrat. Viele weitere Anschläge und Gewalttaten fanden im Westen statt, z. B. in Mölln, Solingen, Hünxe, Lübeck usw.

Im hier vorliegenden Beitrag wird zunächst das wissenschaftliche Fundament vorgestellt, auf dem die Arbeit von Kurswechsel beruht. Danach wird der Blick auf (extrem) rechte Ideologien gerichtet, mit den Konsequenzen, die sich hieraus für die Arbeit von Kurswechsel ableiten lassen. Hieran anschließend werden die Ziele der Ausstiegsberatung dargestellt und die Frage beantwortet, wann jemand als „ausgestiegen“ gelten kann.

Theoretische Grundlagen der Arbeit von Kurswechsel

Es lassen sich im Wesentlichen zwei Rechtsextremismusmodelle unterscheiden: ein sicherheitsbehördliches und ein sozialwissenschaftliches. Salzborn (2018: 7) spricht in Bezug auf das von den Sicherheitsbehörden zugrunde gelegte Modell von einer „vergleichenden Extremismuskonzeption“ (kursiv im Original), die davon ausgeht, dass es eine Vergleichbarkeit von Rechts und Links gebe. Die Mehrheit der Rechtsextremismusforschenden lehnt diese Vergleichbarkeit hingegen ab (ebd.). Hierfür werden mehrere Gründe benannt, etwa dass Rechte und Linke diametral entgegengesetzte Menschenbilder vertreten; dass eine Gleichsetzung spezifische Probleme verwische und deren pädagogische Bearbeitung erschwere; dass das Modell der Komplexität der Gesellschaft nicht gerecht werde; dass es rassistische und andere menschenfeindliche Einstellungen an einem politischen rechten Rand verorte und die als demokratisch verstandene gesellschaftlichen Mitte

von Ressentiments freispreche; dass es die von rechts ausgehende Bedrohung auf die Gefährdung der Verfassungsordnung reduziere oder dass das Modell dazu geeignet sei bzw. dazu diene, missliebige politische Positionen zu diskreditieren (z. B. Butterwegge 2018; Kiess, Decker & Brähler 2015; Salzborn 2018; Seng, Drücker & Baron 2018; Stöss 2010).

Im Gegensatz dazu wurde im Rahmen der Konsensuskonferenz im Jahr 2001 eine sozialwissenschaftliche Definition festgelegt. Sie fasst Rechtsextremismus als „Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen [also nationalistischen] Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen“ (Kiess et al. 2015).

Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF), das von Wilhelm Heitmeyer und Kolleg*innen 2002 eingeführt und sukzessive ausdifferenziert wurde (s. Abb. 1), buchstabiert die in der sozialwissenschaftlichen Definition genannten Ungleichwertigkeitsvorstellungen aus. Dem liegt die – auch empirisch mehrfach replizierte – Idee zugrunde, dass die Zuschreibung von Ungleichwertigkeit gegenüber bestimmten Gruppen ein „wesentliches Kernelement und Scharnier zu politischen Orientierungen, vor allem von rechtsextremen, rechtspopulistischen und neurechten Orientierungen“ darstellt (Zick, Berghan & Mokros 2019: 55). Die verschiedenen Elemente der GMF widersprechen dem Grundsatz der Gleichwertigkeit aller Menschen, der in Demokratien gelten muss, weshalb die Autor*innen „die Analyse und empirische Beobachtung der offensichtlichen und versteckten Ausprägungen und Entwicklungen von GMF für sehr relevant“ (ebd.) halten, zumal aus der Vorstellung einer Ungleichwertigkeit von Menschen Ignoranz, Ausgrenzung, Diskriminierung und auch Gewalt resultieren können.

In Anerkennung dieser Grundlagen basiert die Arbeit von Kurswechsel auf einem sozialwissenschaftlichen Verständnis von Rechtsextremismus sowie auf dem GMF-Modell von Heitmeyer. Das bedeutet, dass die Arbeit an den verschiedenen Facetten (extrem) rechter Ideologie zentralen Bestandteil unserer Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit darstellt.

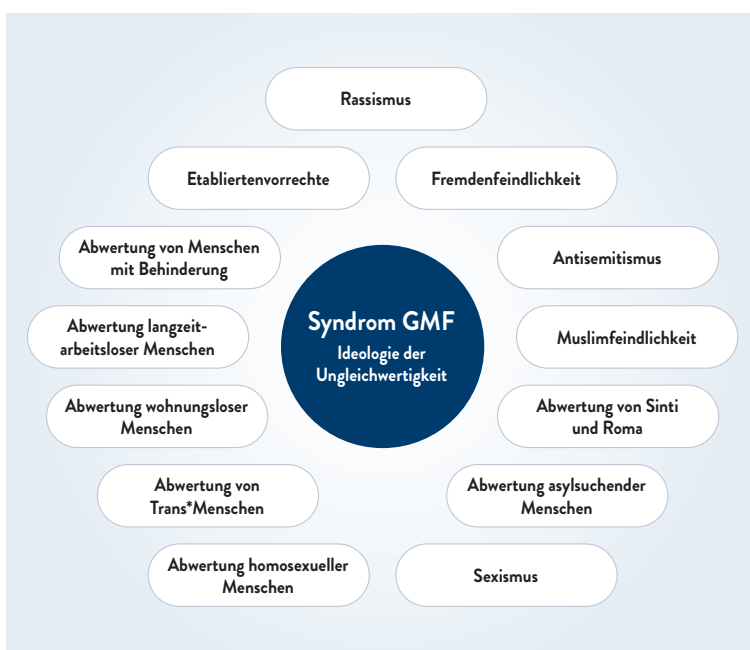


Abb. 1: GMF-Modell (nach Zick, Berghan & Mokros 2019:58)

Ausstieg woraus?

Viele Menschen verstehen unter „Ausstieg“ eine Abwendung von einer extrem rechten Organisation, z. B. einer Kameradschaft, einer Gruppe gewaltbereiter Skinheads oder rechtsextremer Parteien wie Heimat (früher NPD) oder Die Rechte. Dieses Bild von klassischen rechtsextremen Organisationsstrukturen hält sich weiterhin bzw. wandelt sich nur allmählich. Natürlich gibt es auch diese Gruppierungen noch, doch steigen (extrem) rechte Menschen nicht nur aus solchen Gruppen oder Strukturen aus. Die rechtsextreme Szene hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt und diversifiziert. Sie ist sehr heterogen und fluide geworden und geht strategisch wesentlich geschickter vor, was eben daran ablesbar ist, dass viele Menschen diese Veränderungen kaum oder gar nicht wahrgenommen haben und durch die Berichte über das Geheimtreffen in Potsdam überrascht wurden. Erst danach kam es zu bundesweiten Demonstrationen. Die Verschiebung des öffentlichen Diskurses nach rechts, die schon lange vorher begonnen hatte, hatte nicht zu vergleichbar breiten Protesten geführt.

Der Wandel der extremen Rechten ist nicht zuletzt auf den zunehmenden Einfluss der sogenannten „Neuen Rechten“ zurückzuführen, deren Ziel „die Intellektualisierung des Rechtsextremismus durch die Formierung einer intellektuellen Metapolitik und die Erringung einer (rechten) ‚kulturellen Hegemonie‘“ (Salzborn 2020: 76) ist. Es handelt sich dabei um eine lose Bewegung, die intellektuell Einfluss zu nehmen versucht, indem sie politische Mimesis betreibt, sich optisch und terminologisch an verschiedene politische und mediale Umgebungen anpasst, durch neue Begrifflichkeiten wie „Remigration“, „Ethnopluralismus“ oder „kulturelle Differenz“ ihre alten Denkmuster zu verschleiern trachtet, und dadurch Diskurse verschiebt. Dabei werden auch Felder besetzt, die bislang eher nicht mit der extrem Rechten in Verbindung gebracht wurden, z. B. Umweltschutz, Kapitalismuskritik, Lifestyle oder Feminismus. Vermittelt werden die extrem rechten Inhalte z. B. durch Talk-Formate, Kochshows, Literaturevents, Coaching-Angebote usw. Entsprechend finden sich inzwischen auch viele (extrem) rechte Influencer*innen, die ihre Botschaften unbehelligt auf Plattformen wie Youtube, Instagram oder TikTok verbreiten können, weil sie nicht als (extrem) Rechte erkannt und entsprechend auch nicht gesperrt werden. Daneben existier(t)en Gruppen (u. a. Identitäre Bewegung), Einrichtungen (z. B. Institut für Staatspolitik), Verlage wie

beispielsweise Antaios oder Publikationsorgane wie die Sezession. Auch äußerlich sind extrem rechte Menschen nicht unbedingt als solche erkennbar: Hipster, Hoodie-Trägerinnen und Hip-Hopperinnen sind genauso darunter wie Menschen in Funktionskleidung oder Anzügen.

Wie erfolgreich das Vorgehen in losen Assoziationen durch unterschwellig vermittelte Botschaften und gegenseitige Bezugnahmen ist, hat sich nicht zuletzt während der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung von Corona gezeigt. Hier konnten extrem rechte Akteur*innen ihre Ideologien in neue Zielgruppen tragen. Extrem rechte Positionen und Haltungen sind zunehmend anschlussfähig an die sogenannte „Mitte der Gesellschaft“. Wie die neueste Mitte-Studie zeigt, teilen immerhin 12% der Menschen, die sich selbst als klar „links“ positionieren, ein manifest rechtsextremes Weltbild (Zick & Mocros 2023). Es findet also genau die gesellschaftliche Diskursverschiebung statt, die von der „Neuen Rechten“ intendiert war und ist.

Eine zweite Assoziation, die sich angesichts des Begriffs „Ausstieg“ bei vielen Menschen einstellt: Jemand ändert seine Meinung und beschließt daraufhin, aussteigen zu wollen. Es gibt jedoch viele verschiedene Gründe, warum jemand sich für diesen Schritt entscheidet. Ein Ausstieg ist mehr als nur ein schlichtes Nicht-mehr-Hingehen. Ein Ausstieg ist auch nicht die Folge einer grundlegenden Einstellungsänderung. Ein Wandel von Einstellungsmustern geschieht nicht von allein.

Es kann aus verschiedenen Gründen schwierig sein, einer Gruppe fernzubleiben – so etwa, weil sich die ausstiegswillige Person bedroht wähnt oder weil Freundschaften, Freizeitgestaltung, Interessen und viele, wenn nicht alle weiteren Aspekte des eigenen Lebens ausschließlich in dieser Gruppe angesiedelt waren (Figlesthler & Schau 2023). Dennoch dürfte ein Verzicht auf die Zugehörigkeit zu einer solchen Gruppe immer noch leichter fallen, als die eigenen Einstellungen zu hinterfragen und zu ändern. Genau dies betrachtet Kurswechsel jedoch – entsprechend den Qualitätsstandards des Dachverbands zivilgesellschaftlicher Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit – als wesentlich für einen gelungenen Ausstieg. Diesen Standards zufolge

Dennoch dürfte ein Verzicht auf die Zugehörigkeit zu einer solchen Gruppe immer noch leichter fallen, als die eigenen Einstellungen zu hinterfragen und zu ändern.

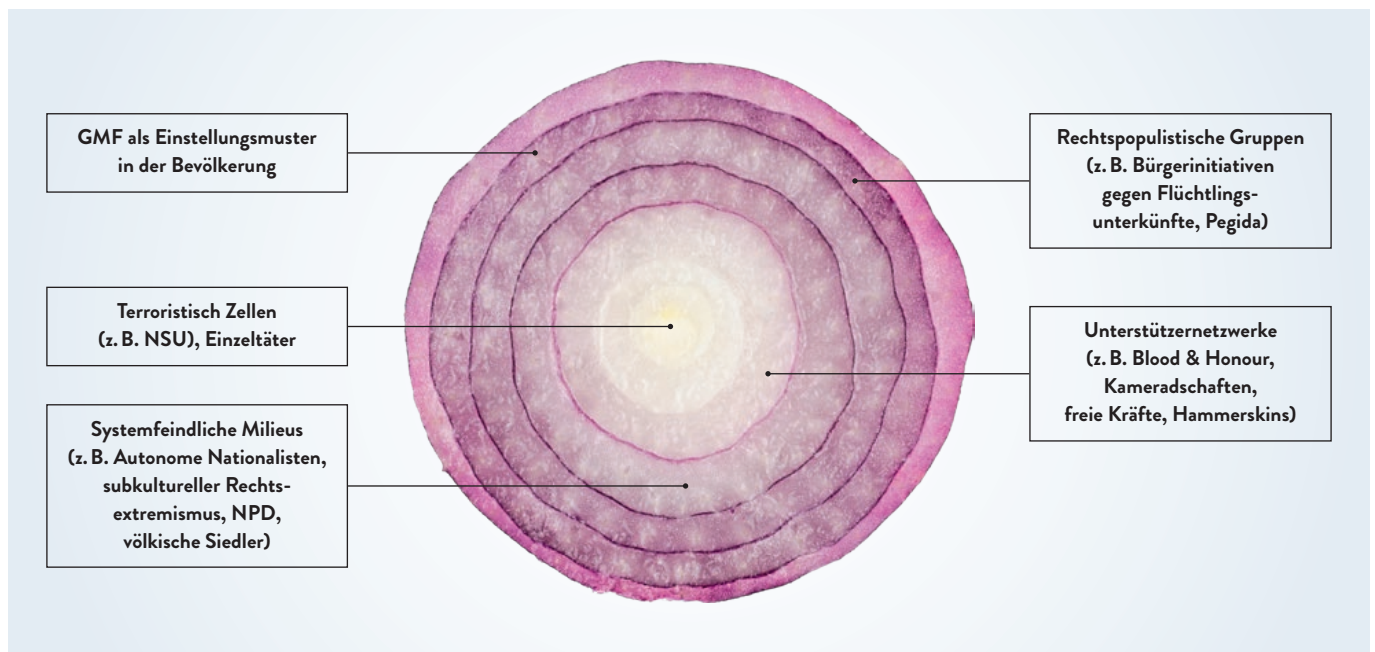


Abb. 2: Grafisch aufbereitetes Eskalationsmodell nach Heitmeyer (2018: 356)

ist „[e]in gelungener Ausstieg das Ergebnis eines professionell begleiteten Prozesses. Ein solcher Prozess beinhaltet die kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der menschenverachtenden Einstellung, eine gelungene Distanzierung, die Hinwendung zu einer Lebensweise, die mit den Grundwerten von Demokratie und Pluralität vereinbar ist, und den Verzicht auf Gewalt“ (BAG „Ausstieg zum Einstieg“ 2019: 10). Es ist also nicht mit einem physischen „Aussteigen“ getan, zumal längst nicht jeder (extrem) rechte Mensch überhaupt in einer Gruppe organisiert ist. Es muss auch und vor allem eine innere Distanzierung von ideologischen Inhalten erfolgen.

Stellenwert (extrem) rechter Ideologieinhalte

Jeder Mensch hat Vorurteile, weshalb sich die Psychologie schon früh damit zu beschäftigen begann. Die Vorurteilsforschung ist eng mit dem Namen Gordon Allport (1954) verknüpft. Er benannte auch unterschiedliche Eskalationsstufen, die sich in Gruppen bzw. Gesellschaften finden lassen. Die unterste Stufe beinhaltet abschätzige Bemerkungen, die unter (vermeintlich) Gleichgesinnten geäußert werden. Es folgt die Vermeidung von Kontakten mit Mitgliedern der abgelehnten Gruppe. Die dritte Eskalationsstufe besteht in expliziter Diskriminierung, die vierte in physischer Gewaltausübung. Die fünfte Stufe schließlich bedeutet den Wunsch nach Vernichtung und beinhaltet Pogrome, Lynchjustiz, Massen- und Völkermord.

Nun führt nicht jedes Vorurteil zu entsprechendem Verhalten; tatsächlich ist der Zusammenhang sogar eher gering ausgeprägt (Ozimek et al. 2022: 83). Allerdings hängt viel von den Kontextfaktoren ab, und hier ist eben auch der gesamtgesellschaftliche Kontext mit in den Blick zu nehmen. Wie die Studien der Bielefelder Forschungsgruppe um Heitmeyer (s. o.) wiederholt gezeigt haben, sind Vorurteile gegenüber unterschiedlichen marginalisierten Gruppen bis weit in die sogenannte „Mitte der Gesellschaft“ hinein verbreitet. Diese verbreiteten Vorurteile bilden das Fundament, auf dem (extrem) rechten Einstellungen zunehmen, sich vertiefen und schließlich auch in Handlungen niederschlagen. Heitmeyer veranschaulicht diese Zusammenhänge in einem „Zwiebel-Modell“ (vgl. Abb. 2), bei dem „die Intensität bzw. Eskalation von außen nach innen zunimmt, während die jeweils äußere Schicht ihrem inneren Nachbarn Legitimation liefert“ (Heitmeyer 2018: 357). Das bedeutet, dass bereits Fragmente extrem rechter Ideologien problematisch sind, weil sie eine Grundlage liefern, auf die sich andere, z. B. rechtspopulistische Gruppen, berufen können. Das macht die verbale Aufrüstung von Politiker*innen aus der Hoffnung heraus, Wähler*innen zurückgewinnen zu können, die für extrem rechte Parteien gestimmt haben, so gefährlich. Es fördert die Normalisierung (extrem) rechter Äußerungen und Einstellungen, was wiederum dazu beiträgt, dass „rechtsextreme Radikalisierungstendenzen aus dem Blick“ geraten (Milke 2018: 69) und sich die Wahrscheinlichkeit rechts motivierter und rechtsterroristischer Angriffe erhöht.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum es mit einer äußeren Abkehr von extrem rechten Kontexten nicht getan sein kann. Natürlich ist es wichtig, sich auch von bislang Gleichgesinnten zu trennen, bisherige einschlägige Aktivitäten einzustellen und auf äußerlich zur Schau gestellte Zeichen wie z. B. Tätowierungen oder Kleidung zu verzichten bzw. sie zu entfernen. Auch ein Wohnort- und/oder Stellenwechsel kann notwendig sein. Bei alldem finden Ausstiegswillige natürlich Unterstützung durch Kurswechsel. Nichtsdestotrotz steht die Bearbeitung der (extrem) rechten Ideologie(fragmente) im Zentrum der Arbeit. Die innere Abkehr von der jeweiligen Ideologie kann von der ausstiegswilligen Person nicht allein bewältigt werden, denn die mehr oder weniger gefestigten Einstellungsmuster und die dazugehörigen Rechtfertigungen sind nicht nur eingeübt, sondern finden ihr Spiegelbild auch in der Gesellschaft.

Die Kolleg*innen von NinANRW verweisen in ihrer Broschüre „zwischen ‚drinnen‘ und ‚draußen‘“ (2020) darauf, dass es *die* rechte Ideologie nicht gibt und dass auch Widersprüche zwischen Denken und Handeln nicht ungewöhnlich sind. Menschen teilen (extrem) rechte Ideologie(-Fragmente) nicht (nur) aufgrund kognitiv basierter Erwägungen, sondern es gibt immer auch eine emotionale Komponente. Gefühle von Sicherheit oder Kontrolle können ebenso eine Rolle spielen wie der Wunsch nach Zugehörigkeit oder auch Selbsterhöhung. Aus diesem Grund muss Ausstiagsarbeit auf *beiden* Ebenen erfolgen. Es genügt nicht, auf der rein emotionalen Ebene zu bleiben, denn damit wäre die Gefahr verbunden, die Menschen, die (extrem) rechte Einstellungen teilen, zu exkulpierten, ihre Handlungen und Einstellungen durch eine Psychologisierung zu entpolitisieren und letztlich doch wieder bei einer Art akzeptierender (Jugend-)Arbeit zu landen. Es genügt natürlich auch nicht, auf einer rein kognitiven Ebene zu arbeiten, weil so die emotionale Grundierung der vertretenen Einstellungen unbearbeitet und damit auch unverstanden bliebe.

Die ausstiegswillige Person muss sich mit den von ihr vertretenen Vorurteilen, ihren Abwertungsstrategien, den Funktionen der (extrem) rechten Ideologie(fragmente) und ihrem daraus resultierenden Handeln auseinandersetzen. Das erfordert die Bereitschaft, sich selbst zu hinterfragen und alles auf den Prüfstand zu stellen. Es erfordert Reflexionswillen und Verantwortungsübernahme. Ziel der Arbeit muss sein, dass die ausstiegswillige Person

ihre (extrem) rechten Einstellungen nach und nach bearbeitet und – im Idealfall – komplett ablegt, keine Ausflüchte (wie „Ich bin da so reingerutscht“) verwendet und nicht versucht, die eigenen Haltungen oder Handlungen durch angebliche Zustände zu rechtfertigen. Ist all dies gegeben, dann lässt sich von einem erfolgreich vollzogenen Ausstieg sprechen.

Naheliegenderweise werden die hier skizzierten Erfordernisse an einen erfolgreichen Ausstieg nicht immer erreicht. Manchmal werden nur Teilerfolge erzielt und Personen bekennen sich etwa zu einer pluralistischen Gesellschaft und distanzieren sich von Gewalt sowie von extrem rechten Kontakten, wollen oder können aber zugleich bestimmte rassistische oder sexistische Denkmuster nicht gänzlich ablegen. Auch wenn in solchen Fällen dann kein vollständiger Ausstieg im Sinne der BAG-Kriterien gesprochen werden kann, bedeutet dies nicht, dass die Ausstiagsarbeit ein Misserfolg war. Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitet, weshalb sich die Frage stellt, inwieweit von Aussteigenden mehr verlangt werden kann als von Mitgliedern eben dieser gesellschaftlichen Mitte. In jedem Fall sehen wir es aber als unsere Aufgabe, in einem fortlaufenden Ausstiagsprozess auch auf problematische gesellschaftliche Diskurse aufmerksam zu machen und diese zu reflektieren. Die Entscheidung, rechte Einstellungen komplett abzulegen oder (in Teilen) beizubehalten obliegt aber der*dem Aussteiger*in (vgl. auch NinANRW 2020: 45f.).

Abschließend

Erfolgreiche und nachhaltige Ausstiagsarbeit ist in mehrerlei Hinsicht voraussetzungsvoll. Vor allem aber darf sie die inhumane und im Kern tödliche extrem rechte Ideologie nicht ausblenden, sondern muss sie aktiv bearbeiten. <

Quellen und Literatur zu diesem Artikel ab Seite 41

Stephanie Thiel ist Diplom-Psychologin mit einem MA in Internationaler Kriminologie. Sie arbeitet seit vielen Jahren zu den Themenbereichen Antisemitismus, Friedensforschung und (Anti-)Korruption. Sie ist Mitarbeiterin der Beratungsstelle Kurswechsel.

„ICH BIN SEHR LANGE SEHR SKEPTISCH GEGENÜBER AUS- STIEGSBERATUNGEN GEWESEN“



Ein Gespräch mit
Katharina König-Preuss
und Kurswechsel

Im Mai 2024 sprach Marcus Senftleben für die Beratungsstelle Kurswechsel mit Katharina König-Preuss.* König-Preuss wurde 1978 in Erfurt (Thüringen) geboren, wuchs in Jena auf und engagiert sich seit ihrer Jugend gegen (extrem) rechte Strukturen. Nach ihrem Studium zur Diplom-Sozialarbeiterin und der Tätigkeit als Sozialpädagogin wurde sie Abgeordnete für die Partei „Die Linke“ im Thüringer

Landtag. Hier war sie maßgeblicher Teil der NSU-Untersuchungsausschüsse und trug damit zur Aufklärung der Hintergründe des rechtsextremen Terrors bei. In ihrer Partei ist sie „Sprecherin für Migrationspolitik, Antifaschismus und Antirassismus“. Außerdem gilt Katharina König-Preuss als Kennerin (extrem) rechter Strukturen in Deutschland und Europa sowie als Kritikerin von Ausstiegs- und Distanzierungsangeboten.

Marcus Senftleben: Moin Katharina, es freut uns sehr, dass du heute die Zeit für das Gespräch gefunden hast. Du engagierst dich seit vielen Jahren gegen (extrem) rechte Bewegungen. Was würdest du sagen: Was treibt dich an, wofür stehst du ein und wie ist es dazu gekommen?

Katharina König-Preuss: Ich glaube, es sind unterschiedliche Sachen, die mich antreiben. Also zum einen ist es eine persönliche Verwicklung. Ich bin selbst mehrfach von Nazis zusammengeschlagen worden und habe in den frühen 90er Jahren regelmäßig mitbekommen, wie Freund*innen und Bekannte zusammengeschlagen und gejagt wurden. Das sind relativ frühe, prägende Momente, die das beeinflussen haben. [...] Ein weiterer wichtiger Faktor ist: Ich bin nach dem Abitur für etwa 15 Monate nach Israel gegangen und habe dort in einem Elternheim für Holocaustüberlebende gearbeitet. [...] Das war eine sehr prägende Zeit, inklusive in gewissem Sinne ein Versprechen, das ich den alten Leuten gegeben habe: dass sowas nie wieder passiert. [...] Zusätzlich hat mir Antrieb gegeben, dass das Engagement gegen rechts in den 90er und 2000er Jahren wenig auf Anerkennung gestoßen ist, sondern große Teile der Gesellschaft versucht haben, das wegzudrängen, zu verleugnen und unter den Teppich zu kehren. Dieses Nicht-Hinschauen, Ignorieren und die Gleichgültigkeit haben mir auf alle Fälle eine zusätzliche Motivation gegeben, dass man das nicht zulassen darf. [...] Ich hatte damals den Eindruck, die zuständigen Strukturen und damit meine ich nicht nur Polizei, Sicherheits- und Justizbehörden, sondern auch Stadtverwaltungen, Jugendämter, Bürgermeister*innen und teilweise auch Lehrer*innen, kommen ihrer Verantwortung nicht nach. Mein Vater hat das mal gut zusammengefasst: die Verantwortungslosigkeit

der Verantwortungsträger. [...] Rückblickend würde ich sagen, dass das ein Versagen fast einer kompletten Gesellschaft im Umgang mit rechten Strukturen war.

Vielen Dank für das Teilen deiner persönlichen Erfahrungen. Da war neben deiner persönlichen ja auch schon eine gesellschaftliche und politische Ebene mit drin. Was würdest du aus deiner Perspektive sagen, wie mit Menschen umgegangen werden sollte, die extrem (rechte) Einstellungen teilen?

Das Wichtigste ist definitiv, dass sie Widerspruch erfahren. [...] Und Widerspruch hat natürlich unterschiedliche Ebenen, also angefangen innerhalb der Familie, im Bekannten- sowie Freundeskreis und in der Schule. Das wäre dann dort sowohl Aufgabe für Schüler und Schülerinnen als auch für die dort als Lehrer*innen Tätigen, Schulleitung, Sozialarbeiter*innen usw. Und dann kommt bei diesem „in Widerspruch gehen“ auch der Protest mit hinzu, das heißt, auf die Straße zu gehen, wenn rechte Strukturen sich ankündigen. Oder mit eigenen Aktionen zu zeigen, wofür man einsteht, auf die Straße zu gehen. Sozusagen als Gesellschaft ein deutliches Zeichen für eine offene, für eine freie, für eine demokratische Gesellschaft zu setzen.

Mit „unterschiedlichen Ebenen“ meine ich alle, die in dieser Gesellschaft eine Rolle spielen. [...] Da kommen logischerweise dann auch Medien mit ins Spiel, die, wenn sie ihrer Aufgabe nachkämen, nicht die Frage stellen würden, ob sie sich jetzt Nazis in die Talkshow holen oder nicht [...], weil man denen sonst noch einen Raum öffnet, statt ihnen den Raum zu nehmen. Vielmehr sollten diejenigen sprechen,

die gegebenenfalls von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Übergriffen bedroht sind.

Du hast eben über Widerspruch auf unterschiedlichen Ebenen gesprochen: im persönlichen Umfeld sowie als gesellschaftliche und mediale Aufgabe. Du hast aber auch schon Grenzen aufgezeigt. Wo siehst du diese genau?

Ich finde es total okay, sich zu entscheiden, nicht in die Auseinandersetzung zu gehen, denn das ist ja auch sehr fordernd. Zum einen erfordert das Kraft, aber es erfordert auch, sich sehr umfassendes Wissen über rechte Strukturen anzueignen. Ich kann verstehen, wenn Leute sagen, dass sie das nicht

“

Mir geht es eher darum, dass Personen und Strukturen der rechten Szene erfahren: Eure Position bleibt nicht unwidersprochen, eure Position ist nicht die Position, die von der Mehrheit der Gesellschaft geteilt wird.

machen wollen, und mein Ziel ist auch nicht zu sagen, wir gehen jetzt alle auf die Neonaziszene oder auf die Führungsperson der AfD zu und sprechen sie an und sagen „Ich will mal in den Widerspruch zu dir gehen“. Mir geht es eher darum, dass Personen und Strukturen

der rechten Szene erfahren: Eure Position bleibt nicht unwidersprochen, eure Position ist nicht die Position, die von der Mehrheit der Gesellschaft geteilt wird. Eure Position ist nicht die Position, die in der Schule Zustimmung erfährt. [...] Aktiv in Widerspruch zu einzelnen Personen zu gehen, halte ich dann für wichtig, wenn es im Familien- und Freundeskreis passiert. Also dass man es Menschen, mit denen man regelmäßig in Kontakt ist, nicht durchgehen lässt, wenn sie zum Beispiel rassistische Positionen verbreiten, und dass man da versucht, mit Fakten gegenzuhalten und andersherum, dass man ihnen zumindest klar macht: Hier nicht, hier sagst du so etwas nicht. Wenn du so etwas sagst, dann bin ich aus diesem Zusammenhang raus. Also entscheide

* Das Gespräch dauerte insgesamt zwei Stunden und ist hier gekürzt und in Auszügen nachzulesen.

INTERVIEW

dich, ob du den Rassismus oder auch Verschwörungserzählungen, antisemitische Erzählungen bis hin zu NS-Ideologie verbreiten willst oder ob du mit mir weiter Kontakt haben willst. Wenn du das behaupten willst, kannst du mit mir nicht weiter Kontakt haben.

Ich glaube, da ist es wirklich wichtig zu versuchen, klar zu bleiben und der Person immer wieder Konsequenzen des eigenen Handelns aufzuzeigen. Konsequenzen des eigenen Handelns bedeutet in dem Fall, wenn du das hier weiter äüßerst, kann und will ich nicht mehr Teil deines Raumes, deines Freundeskreises, was auch immer sein. Und ich weiß, dass das schwer ist, gerade in Familienkreisen, wo ja mittlerweile AfD-Positionen fast überall auftauchen. Das Minimum, das man hinbekommen muss, ist, dass in Familienkreisen kein Raum gegeben wird zur Verbreitung solcher Positionen. [...] Ich habe mir hierfür eine Regel aufgestellt: Eine rechtspopulistische Position stellt man innerhalb von 30 Sekunden in den Raum, zum Beispiel „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“. Diese Position aufzuheben braucht mindestens fünf Minuten, also um die Fakten darzustellen, um zu erklären, wie Gesetze sind, wie das in Deutschland funktioniert und so weiter und so fort. Ich kann nicht zu jeder rechtspopulistischen oder rechten Position immer in Widerspruch gehen, weil es irgendwann auch eine Frage von Zeit ist, die ich dort investiere. Und deswegen habe ich zum Beispiel für Situationen an Infoständen diese Regel. Ich widerlege einmal eine rechtspopulistische oder auch rassistische oder auch antisemitische Position. Wenn eine Person kommt und bereit ist, das zu akzeptieren, wenn sie zu überlegen beginnt oder sagt, das habe sie noch gar nicht gewusst oder noch

nicht gehört, „damit muss ich mich mal beschäftigen“, dann ist das okay, weitere fünf Minuten zu sprechen. Wenn die Person dann aber – und das ist leider

“

Ich glaube, da ist es wirklich wichtig zu versuchen, klar zu bleiben und der Person immer wieder Konsequenzen des eigenen Handelns aufzuzeigen.

mittlerweile der Klassiker – zu springen beginnt, also plötzlich ein anderes Thema nimmt, weil sie merkt, dass sie zu dieser Position zu wenig Faktenwissen, zu wenig Informationen hat und das nicht funktioniert, dann wird das Gespräch

abgebrochen. Auch um die eigenen Ressourcen zu schonen und darauf zu achten, dass dieser eine rechte Mensch nicht meine kompletten Kapazitäten bindet. Das ist, glaube ich, eine Entscheidung, die man nicht pauschal treffen kann, aber ich finde die Regel auch im übertragenen Sinne ganz okay.

Wenn dieser Widerspruch „Früchte getragen“ hat: Können alle Menschen ihre Einstellung ablegen, hat jede*r eine zweite Chance verdient und gibt es auch hier Grenzen?

Ich würde sagen, ja. Definitiv. Jede*r hat eine zweite Chance verdient. Jede*r. Das ist für mich auch so ein Grundsatz, dass jede*r eine zweite Chance verdient hat. Und ich finde auch, dass Menschen manchmal eine dritte Chance verdient haben. Ja, es braucht die Chancen. Und ich glaube, es muss auch kommuniziert werden, dass es die Chance gibt, da rauszukommen und dass man, wenn man einmal in so einer rechten Struktur drin ist, damit nicht für immer drin sein muss, sondern dass man raus kann aus dieser Struktur und dass es dafür auch Möglichkeiten gibt, dass es Personen gibt, die einen unterstützen, dabei rauszukommen.

Es ist nicht einfach, aus der rechten Szene auszusteigen. Das hängt in weiten Teilen davon ab, wie lang man schon Teil dieser rechten Szene ist und wie tief man drin war. Ich habe in den vergangenen Jahrzehnten immer mal wieder Personen beim Ausstiegsversuch begleitet, bei einigen hat es geklappt, nicht bei allen. [...]

Wie sieht für dich so ein Ausstieg aus und was gibt es für Möglichkeiten?

Es gibt unterschiedliche Formen des Ausstiegs [...]. Eine Grundregel, die [...] von anderen aus der Arbeiterfahrung aufgestellt wurde: Man muss damit rechnen, dass man für den kompletten Bruch mit der Szene so lange braucht, wie man in ihr drin war. [...] Und da geht es ja nicht nur darum, nicht mehr an Demonstrationen oder Konzerten teilzunehmen, sondern auch darum, bestimmte Vorurteile, Positionen, Ideologien zu bearbeiten, die ich mir angeeignet habe [...]. Und bei denen, die viel länger drin sind, ist es oftmals auch so, dass der komplette Freundes- und Familienkreis Teil der rechten Szene ist. Das heißt, es geht nicht nur um eine ideologische Loslösung von dem, was man sich über Jahre oder Jahrzehnte angeeignet hat und von dem man überzeugt war, sondern es geht teils auch um einen kompletten Neuaufbau eines Freundeskreises und gegebenen-

“

Jede*r hat eine zweite Chance verdient. Jede*r. Das ist für mich auch so ein Grundsatz, dass jede*r eine zweite Chance verdient hat.

falls auch einer sozialen Familie. Und das ist eine Wahnsinnskraft, die es braucht, um das hinzubekommen und steht an erster Stelle für die Person, die für sich entscheidet, das zu versuchen. Und an zweiter Stelle dann für diejenigen, die in diesem Ausstiegsprozess begleiten. Man muss

sich immer wieder klar machen, dass so ein Ausstiegsprozess Jahre dauert. [...]

Bei den Unterstützungen, die es gibt, gibt es unterschiedliche

Ausstiegsformen. Es gibt Leute, die für sich einfach entscheiden auszusteigen und dann nicht mehr dabei sind, die keine Unterstützung suchen, sondern sich zurückziehen, gegebenenfalls verbunden mit einer neuen Arbeitsstelle in einer neuen Stadt, mit der Aufnahme eines Studiums. Oder man lernt jemanden kennen und verliebt sich. [...] Damit sind aber ideologische Sachen noch nicht bearbeitet. [...]

Das zweite ist der klassische Antifa-Ausstieg. Den halte ich ehrlich gesagt für einen der besten, weil da als Voraussetzung für den Ausstieg von den Personen gefordert wird, komplett auszupacken, also Informationen über die Strukturen zu liefern, in denen sie unterwegs waren, Informationen über Kameraden und Kameradinnen, gegebenenfalls auch Bildmaterial oder ähnliches zur Verfügung zu stellen. Je nach Person ist dann auch immer die Frage, wie stark die Gefährdung der Person ist, die ausgestiegen ist oder aussteigt [...] Das muss man von Fall zu Fall entscheiden, und natürlich ist da auch die Frage, ob die Person möchte, dass öffentlich bekannt wird, dass sie ausgestiegen ist oder eben aussteigt. [...] Das gilt auch für die professionellen Ausstiegsstrukturen. Man sollte nicht zu früh öffentlich machen, dass jemand ausgestiegen ist oder sich im Ausstiegsprozess befindet. Zum einen erzeugt das einen Druck, der nicht hilfreich ist. Zum Zweiten entsteht damit häufiger die Ansicht bei der aussteigenden Person: „Ist jetzt ja erledigt. Jetzt habe ich verkündet, dass ich ausgestiegen bin und jetzt bin ich auch raus.“ Das verhindert die inhaltliche Loslösung von den Überzeugungen und Ideologien und suggeriert, dass so ein Ausstieg total einfach ist. Aber das ist nicht einfach. So ein Ausstieg erfordert wahnsinnig viel Kraft, wahnsinnig viel Aufwand, wahnsinnig viel Reflexion. Das tut auch weh, weil man ja an zum Teil sehr tiefe Freundschaften und sehr tiefe, enge Bekanntschaften rangehen muss, und zum Teil auch an Familienstrukturen.

*Die Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. setzt auf regional verankerte zivilgesellschaftliche Beratungsstrukturen, die vor Ort multiprofessionell vernetzt sind. Diese Vernetzungen ebnet häufig die Zugangswege zu potenziellen Aussteiger*innen und können eine wichtige Ressource innerhalb der Beratungsprozesse darstellen. Seit nunmehr 10 Jahren wird diese regionale Struktur im Raum Hamburg von Kurswechsel professionell abgedeckt. Zudem engagieren sich die Mitarbeitenden mit ihrer Fachexpertise im Rahmen der BAG und bereichern das Arbeitsfeld über die Landesgrenzen Hamburgs hinaus mit innovativen Ideen und Ansätzen zu aktuellen Bedarfen und Herausforderungen. Dafür danken wir Euch und wünschen alles Gute für die nächsten 10 Jahre.*

Ole Völkel, Vorstand BAG „Ausstieg zum Einstieg“

Professionelle Ausstiegsstrukturen gibt es mehrere. Es gibt die, die ich schätze, das sind die klassischen Ausstiegsstrukturen, die über das Bundesprogramm mitfinanziert werden. Und es gibt die, die ich nicht schätze, nämlich Ausstiegsstrukturen, die vom Verfassungsschutz aufgebaut und betrieben werden. Die schätze ich deswegen nicht, weil beim Verfassungsschutz immer noch an erster Stelle die Informationsgewinnung steht und nicht die Unterstützung der Person beim Ausstieg. Bei diesen Strukturen besteht dann auch die Gefahr, dass mit Versprechungen gearbeitet wird, [...] sei es eine niedrigere Strafe in einem anstehenden Verfahren, sei es, dass gegebenenfalls [...] der Verfassungsschutz mit dafür sorgt, dass man eine neue Arbeitsstelle, eine neue Stadt, was weiß ich was bekommt. Da muss man selber gar nicht so aktiv auch an die eigenen Schmerzgrenzen rangehen. Spätestens seit der Aufarbeitung rund um den NSU haben wir ja auch Belege dafür, dass da sogar Leute gegebenenfalls in die Szene wieder zurückgespielt werden, um mehr Informationen, neue

Informationen zu erhalten. Das ist für den Verfassungsschutz natürlich relevant, aber das ist etwas, was gar nicht geht: dass Leute, die sich einem Ausstieg stellen und bereit dazu sind, nicht nur motiviert, sondern gedrängt werden, zurückzugehen. Solche Strukturen lehne ich komplett ab. Ich halte die für nicht funktionierend und bin dann eher Fan davon, das erstens über die professionellen Strukturen zu machen oder zweitens eben über so einen klassischen Antifa-Ausstieg.

Jetzt hast du ein Bild von Strukturen gezeichnet, die es gibt. Wie blickst du auf das Feld zivilgesellschaftlicher Ausstiegsberatungen?

Also ich bin sehr lange sehr skeptisch gegenüber Ausstiegsberatungen gewesen, und zwar grundsätzlich sehr skeptisch. Das hat unterschiedliche Gründe. Zum einen gab es die Fälle, in denen verurteilte Neonazis zum Teil als gerichtliche Auflage oder als Teil des Urteils die Auflage bekommen haben, sich bei einer Ausstiegsberatung zu melden. Die haben dann, ich spitze mal zu, eine Art Persilschein

bekommen, sind aber überhaupt nicht ausgestiegen und sind auch gar nicht aus einer Eigenmotivation zur Ausstiegsberatung gegangen sind, sondern weil es eine Auflage war und da nicht differenziert wurde. Da wurden teils Zahlen verkündet, wie viele Ausstiegsberatungen man gemacht hätte, wobei relativ klar war, das stimmt so einfach nicht, sondern darunter sind Personen, die den Druck, den Zwang, die Auflage, die Pflicht hatten, aber selber überhaupt nicht die Motivation. Es gibt Berichte über Neonazis, die sich dann mit einem von einer Ausstiegsberatung gestempelten Zettel bei ihrem Arbeitgeber gemeldet haben, der sonst nicht bereit gewesen wäre, den Arbeitsvertrag zu verlängern bzw. ihn einzustellen. Und das sind absolute No-Gos für mich, weil die Grundvoraussetzung für einen Ausstieg ist, dass die Person das selbst will. Wie stark sie es will, hängt ja immer auch von dem Prozess und dem Verlauf ab. Aber das Grundinteresse muss von der Person selbst kommen und darf nicht durch den Druck motiviert sein, beispielsweise durch ein Gerichtsverfahren oder wegen des sonst drohenden Verlusts der Arbeit.

Das kann natürlich mit ein Faktor sein, der einwirkt, aber es darf nicht der alleinige Faktor sein. Und da muss ich ehrlich sagen, das ist einer der großen Kritikpunkte, die ich an Ausstiegsberatungen hatte. Ich betone das ‚hatte‘, weil sich da in den vergangenen Jahren auch im Hinblick auf Professionalisierung und Standards, die entwickelt wurden, einiges verbessert hat.

Ein zweiter Punkt aber bleibt in Teilen immer noch gültig. Ich frage mich, was eigentlich mit dem ganzen Wissen passiert, das bei Ausstiegsberatungen angesammelt wird. Also mit dem Wissen von Personen, die zum Teil sehr lange, sehr tief in der rechten Szene drin waren. Was passiert mit dem Wissen, wenn Sie durch die Person, die aussteigt, erfahren, der und der ist übrigens verantwortlich für den Übergriff auf

die und die Person, wo gegebenenfalls ein Ermittlungsverfahren eingestellt wurde, oder was weiß ich was. Also ich weiß, dass es eine Schweigepflicht und Ähnliches gibt. Das ist natürlich relevant im Hinblick darauf, dass Vertrauen aufgebaut und geschützt werden muss, sonst würde man sich ja auch als Ausstiegsberatung von vornherein in die Bredouille bringen oder ad absurdum führen, wenn man Informationen an Polizei, Staatsanwaltschaft und Strafverfolgungsbehörden weitergibt.

Aber für mich stellt sich immer die Frage, inwieweit eigentlich die Betroffenen rechter Gewalt bei zivilgesellschaftlichen Ausstiegsberatungen eine Rolle spielen. [...] Manchmal ist es für Betroffene enorm wichtig zu wissen, wer was getan hat und warum. Oft ist es auch wichtig für die lokalen antifaschistischen Strukturen.

“

Ich glaube nicht, dass es den Punkt gibt, ab dem man sagen kann, jetzt bin ich für immer raus, ein für alle Mal, jetzt ist es abgeschlossen, jetzt muss ich mich damit nicht mehr beschäftigen, [...] jetzt muss ich mich dem nicht mehr stellen. [...] Ehrlichkeit ist eine Grundvoraussetzung.

Das ist für mich eine der großen Fragen: Was passiert mit dem Wissen? Wie gesagt, es geht mir nicht um Strafverfolgungsbehörden und Ermittlungen. Das würde nicht funktionieren und wäre auch ein Fehler. Aber ich glaube, dass mit dem Wissen gearbeitet werden muss. Und da gäbe es ja wieder Varianten,

wie man das anonymisiert, ohne dass die aussteigende Person erkennbar oder gefährdet wird, umgehen kann. Und das fehlt mir leider manchmal, weil ich glaube, dass viele der Aussteigenden ein krasses Wissen haben, das irgendwann auch wieder zurückgespielt werden sollte.

Da ist natürlich auch ein Widerspruch drin.

Ja, absolut, ich weiß auch nicht, wie der aufgelöst werden kann. [...]

Jetzt haben wir über Widersprüche, Strukturen, Veränderungsmöglichkeiten und wie diese aussehen könnten, geredet. Jetzt würde ich gerne noch einen Schritt weiter gehen: Wann ist jemand für dich „ausgestiegen“?

(König-Preuss muss lange überlegen): Puh, wann hat es jemand geschafft? [...] Man kann nicht sagen, der Mensch hat es geschafft. Weil das suggeriert: Wenn ich den und den Punkt abgearbeitet habe, bin ich raus aus der rechten Szene, dann habe ich den Ausstieg vollzogen und dann, ich spitze mal zu, bin ich frei. Ein Ausstieg ist ein immerwährender Prozess und man kann große Teile dieses Prozesses abschließen: Ich habe mich aus den Strukturen gelöst, ich gehe nicht mehr auf Demonstrationen, ich höre diese Musik nicht mehr, ich trage diese Kleidung nicht mehr. Ich habe Literatur der rechten Szene aus meinem Umfeld entfernt und ich habe mich gegebenenfalls auch aus der lokalen oder regionalen Umgebung entfernt. Ich glaube, ein weiterer großer Schritt ist, einen neuen Freundeskreis zu haben, der nicht rechts ist, und wo das als solches kein Thema im positiven Sinne mehr ist, sondern etwas, worüber man sich kritisch verständigt [...]. Aber ein Ausstieg ist damit nicht abgeschlossen. [...] Man muss eigentlich immer dranbleiben. [...] Ich glaube nicht, dass es den Punkt gibt, ab dem man sagen kann, jetzt bin ich für immer raus, ein für alle Mal, jetzt ist es abgeschlossen, jetzt muss ich mich damit nicht mehr beschäftigen, [...] jetzt muss ich mich dem nicht mehr stellen. [...]

Gibt es Grenzen?

Ehrlichkeit ist eine Grundvoraussetzung. Mir ist klar, dass es gerade am Beginn eines Ausstiegsprozesses keine hundertprozentige Ehrlichkeit gibt, weil eine Vertrauensebene erst entstehen muss und die Person sich gegebenenfalls unsicher ist. Was kann sie alles sagen und was behält sie für sich? [...] Das heißt nicht, dass ich von Anfang an erwarte, dass alles 100 % gesagt wird. Aber das, was gesagt wird, muss stimmen. Also da darf nicht versucht werden, sich mit Erzählungen, Lügen oder irgendwelchen Verschleierungstaktiken rauszuziehen. Auch das kann in einer Anfangsphase geschehen. Aber Ehrlichkeit bleibt die Grundvoraussetzung, denn wenn die Person nicht ehrlich ist, dann ist sie ja auch nicht ehrlich gegenüber sich selbst, also auch nicht gegenüber all dem, was auch die Aufgabe für die kommenden Monate oder Jahre sein wird. [...] Wie gesagt, das kann und ist oft auch schmerzhaft. Und dem nicht ausweichen halte ich auch für einen relevanten Faktor.

[...] Ich glaube, die Grenze ist, wenn mehrfach gelogen wird, also [...] wenn man sozusagen versucht, seine eigene Person zu konstruieren im Ausstieg, wenn man versucht, die eigene Rolle herunterzuspielen oder auch die eigene Relevanz. Wie gesagt, das kann am Anfang alles noch Teil davon sein, dass ich beginne auszusteigen. Aber wenn jetzt beispielsweise irgendeine Führungsperson, die bereit ist auszusteigen, als erstes verneint, diese Führungsperson gewesen zu sein, dann brauchen wir gar nicht erst anzufangen. [...] Wenn schon so was abgestritten, geleugnet oder verniedlicht wird, sind das Grenzen, die dann überschritten werden. [...]

Eine weitere Grenze ist, wenn die Person nicht aus eigenem Interesse oder eigener Motivation heraus kommt – denn das ist, wie gesagt, die Grundvoraussetzung – sondern weil es eine Auflage oder Weisung

“

Eine weitere Grenze ist für mich, wenn die Person parallel noch in der rechten Szene aktiv ist, also auf der einen Seite einen Ausstiegsprozess eingeht und auf der anderen Seite weiter auf Demonstrationen oder in entsprechenden Freundeskreisen unterwegs ist. Also sozusagen öffentlich weiter als rechte Person in Erscheinung zu treten, geht nicht.

gibt, gegebenenfalls eine gerichtliche. Da kann man ein Gespräch führen, um zu schauen, inwieweit es vielleicht auch eine eigene Motivation gibt, das kriegt man aber relativ schnell raus. [...]

Eine weitere Grenze ist für mich, wenn die Person parallel noch in der rechten Szene aktiv ist, also auf der einen Seite einen Ausstiegsprozess eingeht und auf der anderen Seite weiter auf Demonstrationen oder in entsprechenden Freundeskreisen unterwegs ist. Also sozusagen öffentlich weiter als rechte Person in Erscheinung zu treten, geht nicht. Ich erwarte ja nicht, dass die Leute kommen und schon alles reflektiert haben. Natürlich gibt es am Anfang rassistische Positionen, natürlich gibt es am Anfang auch noch die ideologischen Überzeugungen. Das ist kein Ausschlussfaktor, das ist auch keine Grenze, sondern das gehört sozusagen mit dazu. Aber wenn ich aussteigen will, kann ich nicht mehr weiter aktiver Teil der rechten Szene sein. Das, glaube ich, muss relativ früh auch klar gemacht werden, dass das eine Voraussetzung ist. Ich muss ehrlich sagen, jemand, der in einem laufenden Gerichtsverfahren oder Strafverfahren ist, da würde ich auch erstmal sagen, wir können uns

unterhalten, wenn das Strafverfahren abgeschlossen ist. Aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt, um das Angebot nicht für eine mildere Verurteilung zu missbrauchen.

[...] Ich glaube, eine Grenze, die man setzen muss, wenn man selbst Ausstiegsarbeit macht, ist auch eine professionelle Grenze. Die Person ist keine Freundin oder kein Freund und darf auch keine Freundin oder Freund werden, zumindest nicht im Zeitraum des Ausstiegsprozesses. Und das ist total schwer, weil die Person oftmals nur noch diejenigen hat, die Unterstützungsarbeit beim Ausstiegsprozess leisten und es natürlich einen Raum braucht, wo die Person neben dem der Arbeit zum Ausstieg emotionale und freundschaftliche Stärkung erfährt. Und das ist dann auch der Punkt, an dem man eine Grenze ziehen muss: wenn sich das zu vermischen beginnt.

Häufig werden Aussteiger*innen in der Präventionsarbeit z. B. an Schulen eingeladen. Wie betrachtest du das Phänomen?

Ich halte das für einen Fehler. Warum braucht es eine Person, die in der rechten Szene war, um Schüler*innen und Jugendlichen eine Auseinandersetzung mit der rechten Szene zu ermöglichen? Warum holt man nicht Betroffene rechter Gewalt, Menschen, die durch Neonazis gefährdet sind? Stattdessen setzt man da Aussteiger hin, die oftmals „coole Macker“ sind und ein Bild vermitteln von „Ey, guck dir mal an, wie geil ich tätowiert, muskulös und durchtrainiert bin“. Da wird suggeriert, du kannst Teil der rechten Szene sein, und fünf bis zehn Jahre danach bist du halt der coole Typ, der an Schulen Vorträge hält und gesellschaftlich akzeptiert ist. Da schwingt immer mit, dass du in der rechten Szene sein kannst, dann aussteigst und dann damit sogar noch Geld verdienen kannst. Welches Bild wird damit erzeugt? [...] Häufig nimmt der Raum der Erzählung über die Gewalt fünf Minuten ein und hinterher

kommt dann in einer Minute „Ja, das war falsch“. Was will man damit vermitteln? [...] Wenn ich über das Dritte Reich rede, dann lade ich doch auch nicht ehemalige Täter*innen ein, sondern Überlebende. [...] Zusätzlich ist da der Aspekt, dass diese Aussteiger*innen am Ende auch noch Kohle damit verdienen. Geld damit verdienen, dass sie mal einen Menschen zusammengeschlagen haben, Menschen gefährdet haben und Hass und Hetze und Rassismus und Antisemitismus verbreitet haben. Dafür Bildungsmittel auszugeben, da werden für mich mehrere Grenzen überschritten

Aussteiger*innen schreiben Bücher, haben Social-Media-Kanäle oder steigen öffentlichkeitswirksam aus. Wie siehst du das?

Grundvoraussetzung ist immer, dass man den Ausstieg nicht nutzt, um sich selbst als den Ausgestiegenen darzustellen. Ich hoffe, es ist verständlich, was ich damit meine. Im Vordergrund sollte der Prozess des Ausstiegs stehen und nicht, ich nenne es mal ‚eine schnelle Variante‘, um damit abzuschließen und um Geld zu verdienen.

[...] Kurz nach der Selbstenttarnung des NSU wurden für die Talkshows, die dann liefen, Leute gesucht, die aus der rechten Szene ausgestiegen sind. Ich weiß, dass da Honorartabellen kursierten, wie viel Geld welcher ehemalige Nazi kostet. Und je näher am Thüringer Heimatschutz dran, je näher an Thüringen dran, desto höhere Honorare wurden aufgerufen. Wo ich mir echt so denke, Leute, das ist krank. Und das ist am Ende keine Form von Aufarbeitung. Das ist keine Form von Aufklärung, sondern das ist eine pure Kommerzialisierung von Rechten, von Neonazis, von Ausstieg.

Vielleicht noch eine abschließende Frage. Was hättest du für Vorstellungen und Wünsche, wohin sich Ausstieg- und Distanzierungsarbeit entwickeln sollte?

Ich glaube, die Ausstiegsarbeit, die es gibt, hat sich in den vergangenen Jahren schon enorm professionalisiert,

was ich gut finde. Und ich glaube, dass die Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit eine viel höhere Relevanz in den kommenden Jahren bekommen wird. Darauf muss man sich eigentlich jetzt schon vorbereiten, sowohl inhaltlich als auch personell. Die Zunahme in den vergangenen vier Jahren an antisemitischen Verschwörungserzählungen, Fake News und Menschen, die daran glauben, kann

“

Und ich glaube, dass die Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit eine viel höhere Relevanz in den kommenden Jahren bekommen wird.

von den derzeitigen Strukturen personell und strukturell gar nicht aufgefangen werden. Ich bin der Überzeugung, dass es eine Notwendigkeit gibt, für diese Personen eine Form von Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit anzubieten. Ebenso für Angehörige,

welche Unterstützung im Umgang brauchen. Hier ist Politik gefordert.

Katharina, vielen Dank für das Gespräch und deine Zeit. Wir wünschen dir alles Gute!

Vielen Dank, euch auch!

Es braucht das Angebot von Kurswechsel, weil ...

- *Angehörige von (extrem) rechten oder verschwörungsgläubigen Menschen manchmal emotional stark belastet sind.*
- *Angehörige aber auch einen großen Einfluss auf diese Menschen haben können und manchmal vielleicht als einzige die Möglichkeit haben, noch Irritationsmomente zu setzen.*
- *Kurswechsel wichtige Bildungsarbeit leistet.*
- *wir die kollegiale Zusammenarbeit sehr schätzen und wir in diesen Zeiten Verbündete und produktive Vernetzung brauchen.*
- *in der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung die zivilgesellschaftliche Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit nicht weniger relevant sein wird.*
- *irgendwer muss es ja tun.*

Koordinierungsstelle „Vernetzt gegen Rechts“

„FRIEDEN“, „FREIHEIT“ UND WAS NOCH?

(Rechte) Einstellungen verschwörungs-
gläubiger Personen und was
daraus für die Ausstiegsarbeit folgt

Viele Menschen, die Verschwörungsideologien verbreiten, betrachten ihre Einstellungen nicht als extrem rechts. Ist da was dran? Und welche Folgen hat dies für die Ansprache durch Ausstiegsprogramme?

Wer sich in die Untiefen verschwörungsideologischer Onlinegruppen begibt, mag in Anbetracht der zahlreichen Bezüge auf Demokratie und Freiheit im ersten Moment überrascht sein. So finden sich in einer Hamburger Telegramgruppe aus dem Umfeld der Querdenken-Aktivistin Selina F. etwa Demonstrationsaufrufe gegen „Extremismus“ neben Trommelaktionen für „echte Demokratie“. Auch das Grundgesetz dient regelmäßig als positiver Bezugspunkt. Scrollt man jedoch ein paar Beiträge weiter, so folgen Videos einer in Teilen extrem rechten Partei oder Thesen, die besagen, dass Deutschland seit 1945 durch die Alliierten fremdbestimmt und gezielt zerstört werde. Wie passt das zusammen?

Neben extrem rechten Umdeutungen von Begriffen und den speziellen Dynamiken von Onlinegemeinschaften sollte jedoch auch berücksichtigt werden, dass bei weitem nicht alle verschwörungsideologisch argumentierenden Personen einem geschlossen rechts-extremen Weltbild anhängen.

Sicherlich müssen unterschiedliche Aspekte betrachtet werden: So lassen sich extrem rechte Umdeutungen von Demokratie auf Grundlage völkischer und autoritärer Vorstellungen bis zu dem Staatsrechtler und späteren Nationalsozialisten Carl Schmitt zurückverfolgen, der in den 1920ern gegen den Parlamentarismus anscrieb (vgl. Rippl & Seipel 2022: 26f.). In den letzten Jahrzehnten entstanden in Westeuropa außerdem zahlreiche populistische Parteien, für die ein vermeintlicher Gegensatz zwischen dem ‚einfachen‘ oder ‚wahren‘ Volk und den herrschenden gesellschaftlichen Eliten zentraler Bezugspunkt ist – häufig, aber nicht ausschließlich in Kombination mit (extrem) rechten Ideologieelementen (vgl. Decker & Lewandowsky 2017). Nach dem gleichen Prinzip wird auch in dem oben genannten Telegramkanal argumentiert: Man selbst sei Teil des wahren Volkes, dessen Interessen aufgrund von Lobbyismus, Korruption, politischer Einflussnahme und Verschwörungen jedoch nicht (mehr) repräsentiert seien.

Darüber hinaus wissen wir, dass es bei der Kommunikation in Onlinegemeinschaften häufig gar nicht so sehr darum geht, Menschen von bestimmten Inhalten zu überzeugen. Ziel ist vielmehr die Stärkung sozialer Beziehungen innerhalb der eigenen Gruppe und die Abgrenzung nach außen (vgl. etwa Holzer 2021: 13f.). So konnte etwa gezeigt werden, dass Personen, die bestimmte Fake-News bei Twitter verbreiteten, häufig auch die Richtigstellung in ihrem Feed sahen, diese jedoch ignorierten (vgl. Seemann & Kreil 2017). Denn „Zugehörigkeits- und Abgrenzungs-Signale spiel[t]en in ihrer Beurteilung von Fakten eine wesentlich größere Rolle als Wahrscheinlichkeit oder gar Plausibilität“ (ebd.) Folglich liegt es nahe, davon auszugehen, dass auch unterschiedliche Narrative nebeneinander existieren können, solange sie der zentralen Identitätskategorie einer Onlinegemeinschaft dienlich sind. Im Falle der Hamburger Telegramgruppe können also Aufrufe, Rassismus und Nationalismus zu überwinden, neben der rassistischen Theorie des „Großen Austauschs“ verbreitet werden, solange das verschwörungsideologische und populistische Selbstverständnis der Gemeinschaft gewahrt wird.

Neben extrem rechten Umdeutungen von Begriffen und den speziellen Dynamiken von Onlinegemeinschaften sollte jedoch auch berücksichtigt werden, dass bei weitem nicht alle verschwörungsideologisch argumentierenden Personen einem geschlossen rechtsextremen Weltbild anhängen. Letzteres wird in der empirischen Sozialforschung in der Regel durch die Zustimmung zu bestimmten Aussagen – etwa „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ – in unterschiedlichen Kategorien wie ‚Fremdenfeindlichkeit‘, Antisemitismus oder Sozialdarwinismus erhoben (vgl. etwa Küpper et al. 2019: 123–125). Auf ähnliche Weise wird auch überprüft, ob bestimmte Gruppen wie Muslime abgewertet werden. Eine (allerdings nicht repräsentative) Studie, die im November 2020 unter 1150 Mitgliedern coronaverharmloser Telegramgruppen durchgeführt wurde, zeichnet diesbezüglich ein durchaus differenziertes Bild. Denn die Teilnehmenden zeigten – trotz sehr hoher Zustimmungswerte zu verschwörungsideologischen Aussagen – im Durchschnitt keine ausgeprägte Fremden- oder Islamfeindlichkeit, nur wenige stimmten der Aussage zu, die Verbrechen des Nationalsozialismus seien in der Geschichtsschreibung übertrieben worden, oder vertraten sozialdarwinistische Einstellungen (vgl. Nachtwey et al. 2020: 21–24, 33, 53f.). Auffällig ist jedoch, dass fast 30 Prozent

der Befragten keine Angabe zu dem Statement „Auch heute noch ist der Einfluss von Juden auf die Politik zu groß“ machen wollten, also diesem weder (teilweise) zustimmten noch es ablehnten. Dies führt die Autor*innen der Studie zu der Vermutung, dass viele Personen mit latent antisemitischen Vorstellungen der Frage ausgewichen sind (vgl. ebd.: 53). Doch selbst wenn diese Annahme korrekt ist, sind die meisten Teilnehmenden von einem geschlossen rechtsextremen Weltbild weit entfernt. Auch repräsentative Befragungen wie die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen, dass nur eine Minderheit der Personen, die eine so genannte Verschwörungsmentalität aufweisen – also Aussagen wie „Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“ zustimmen – fremdenfeindlich oder sexistisch eingestellt ist (vgl. Rees & Lamberty 2019: 217f.).

Die Ergebnisse der beiden Studien bedeuten keineswegs, dass Entwarnung in Bezug auf problematische Einstellungen unter Verschwörungsgläubigen gegeben werden kann – eher im Gegenteil: So zeigen die Berechnungen in der Mitte-Studie, dass sich die Zustimmung zu zahlreichen menschenfeindlichen Einstellungen teils um den Faktor fünf erhöht, wenn Menschen zu einer Verschwörungsmentalität neigen. So weisen zehn Prozent dieser Gruppe antisemitische und rund 38 Prozent fremdenfeindliche Einstellungsmuster auf, während entsprechende Ansichten „nur“ von zwei bzw. knapp zehn Prozent derjenigen geteilt werden, die einer Verschwörungsmentalität ablehnend gegenüberstehen (vgl. ebd.). Und auch in der Studie von Nachtwey et al. wird gewarnt, dass es sich bei den damals noch jungen Coronaprotesten

um eine rechtsoffene Bewegung mit enormem Radikalisierungspotenzial handelt (vgl. Nachtwey et al.: 54). Somit verwundert es nicht, dass die extreme Rechte in vielen Teilen der verschwörungsideologischen Szene eine willkommene Bündnispartnerin ist und die Szenen mitunter ineinander übergehen (vgl. etwa Speit 2021). Doch wird eben auch deutlich, dass das verschwörungsideologische Milieu differenziert betrachtet werden muss.

Eine solche Differenzierung nehmen Dilling et al. in ihrer Untersuchung in der Leipziger Autoritarismus Studie 2022 vor. Sie unterscheiden auf Grundlage von Umfragedaten sechs verschwörungsideologische Cluster in Deutschland, von denen insbesondere zwei – zusammen immerhin 32 Prozent der Verschwörungsgläubigen – so gar nicht in das Bild des rechtsextremen Coronaleugnens passen wollen. Die Unscheinbaren unterscheiden sich in Hinblick auf rechtsextreme Einstellungen kaum von Personen ohne Verschwörungsglauben, wenngleich einige gruppenbezogen-menschenfeindliche Einstellungen im Vergleich leicht erhöht sind (vgl. Dilling et al. 2022: 226f.). Die von den Autor*innen als die Pluralisten bezeichnete Gruppe wiederum zeigt „genauso wenig Abwertungsbereitschaft, Neo-NS-Ideologie oder Ethnozentrismus wie die Nichtverschwörungsgläubigen“ (ebd.: 235) und bekennt sich zur pluralen Gesellschaft. Autoritäre Wünsche finden sich hier gar seltener als unter den Personen ohne Verschwörungsmentalität (vgl. ebd.). Insgesamt nur

Somit verwundert es nicht, dass die extreme Rechte in vielen Teilen der verschwörungsideologischen Szene eine willkommene Bündnispartnerin ist und die Szenen mitunter ineinander übergehen.



sieben Prozent der Verschwörungsgläubigen werden als extrem Rechte klassifiziert (vgl. ebd. 221–223). In weiteren Clustern verortete Personen weisen zwar eine Affinität nach Rechtsaußen auf, schätzen sich selbst aber nicht so ein (vgl. ebd.: 219). Trotz dieser Ergebnisse warnen die Autor*innen vor den Folgen, die auch oberflächlich progressiv erscheinende Verschwörungsideologien für das politische System haben können (vgl. ebd.: 239f.) Was bedeuten diese Erkenntnisse nun aber für die Ausstiegsarbeit?

Schaut man sich Berichte ausgestiegener Verschwörungsgläubiger an, so fällt auf, dass diese mitunter von einem Auseinanderfallen von politischer Selbst- und Fremdwahrnehmung berichten.

Schaut man sich Berichte ausgestiegener Verschwörungsgläubiger an, so fällt auf, dass diese mitunter von einem Auseinanderfallen von politischer Selbst- und Fremdwahrnehmung berichten. So erzählt etwa der Österreicher Gerald – der im Internet auch unter dem Pseudonym Ascendancer auftritt – in einer Dokumentation des ORF davon, wie er als ‚links-esoterischer Freigeist‘ begann, sich mit Verschwörungsideologien zu beschäftigen, am Ende seiner ‚Karriere‘ aber rechtsextreme Thesen vertrat (vgl. ORF1 2022, 17:13–18:05). Nicht ganz so weit ging die rechte Ideologisierung bei Schmuddelkind, der auf Youtube von seiner Zeit als Verschwörungsgläubiger berichtet. In seinem Fall fand jedoch trotz eines linken Selbstverständnisses eine Entsolidarisierung mit progressiven Bewegungen statt (Schmuddelkind 2021, 16:19–18:27). Sicherlich sollten diese beiden Berichte nicht einfach verallgemeinert werden, doch zusammen mit den oben präsentierten Umfragedaten ergibt sich ein kohärentes Bild: Verschwörungsideologien tendieren durch ihre personalisierte Kritik und ihr manichäisches Weltbild eher nach rechts, doch nicht all ihre Anhänger*innen gehen diesen Weg bis zum Ende. Und selbst wenn ein extrem rechtes Weltbild geteilt wird, folgt daraus nicht zwangsläufig ein entsprechendes Selbstbild.

Aufgrund des Radikalisierungspotentials sowie zahlreicher Probleme, die sich auf individueller, familiärer und gesellschaftlicher Ebene aus dem Glauben an Verschwörungsideologien ergeben (vgl. hierzu auch Douglas et al. 2019), empfiehlt es sich, Beratungsangebote für Verschwörungsgläubige und deren Umfeld vorzuhalten. Entsprechende Anspracheformate sollten aus den dargelegten Gründen jedoch von Ausstiegsangeboten im Themenfeld (extreme) Rechte abgegrenzt werden – natürlich ohne aus eventuellen Verbindungen oder Kooperationen

mit diesen ein Geheimnis zu machen. Für unseren Beratungsschwerpunkt NAVI – welches zu den ersten Angeboten in Deutschland gehört, die sich nicht nur an das Umfeld von Verschwörungsgläubigen Personen, sondern auch an Distanzierungswillige selbst richten – haben wir uns darüber hinaus dafür entschieden, auf kurze Zitate der beiden oben bereits benannten Aussteiger zu setzen. Durch ihre Erfahrungen in der Szene handelt es sich bei ihnen um Trusted Messengers, die glaubhaft von Gefahren und Problemen berichten können, die sich aus dem Verschwörungsglauben ergeben (vgl. auch COMPACT Education Group 2020: 14f.). Indem ihre Erfahrungen auf der Startseite platziert wurden, kann dann auch durchaus auf die Gefahr der allmählichen Öffnung nach Rechts aufmerksam gemacht werden – aber nicht mit erhobenem Zeigefinger und in Form einer undifferenzierten Zuordnung von außen. Im Beratungsprozess selbst gilt es dann jedoch – entsprechend unserem Fokus auf Ideologiearbeit (vgl. den Beitrag von Thiel in diesem Band) – zumindest mittelfristig gruppenbezogen-menschenfeindliche oder extrem rechte Einstellungen in der Szene zu thematisieren. Auch wenn diese von der beratungsnehmenden Person nicht oder nicht in Gänze wahrgenommen werden.

Wenngleich unsere Homepage erst Anfang 2024 online gegangen ist, lässt sich für die folgenden Monate bereits feststellen, dass es dem Umfeld von Verschwörungsgläubigen Personen ohne das ‚Stigma Rechtsextremismus‘ leichter fällt, sich an uns zu wenden und Beratung zum Umgang mit dem Personenkreis abzurufen. Inwieweit sich auch langfristige Ausstiegsprozesse mit Verschwörungsgläubigen ergeben, muss die Zukunft zeigen. ◀

Quellen und Literatur zu diesem Artikel ab Seite 41

The logo for 'navi' consists of the word 'navi' in a bold, lowercase, blue sans-serif font. To the right of the 'i' is a small, stylized pink triangle pointing upwards and to the right.

Der Schwerpunkt NAVI in Kurswechsel bietet seit 2023 Beratung und Begleitung für Menschen, die an Verschwörungsideologien zu zweifeln begonnen haben, sowie Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte zum Themenfeld an. Auch Bezugspersonen und Angehörige können sich an den Schwerpunkt wenden.

Mehr Informationen unter www.navi-hamburg.de

UND WENN SIE NICHT ERREICHT WERDEN WOLLEN?

PRISMA

Im November 2023 fand ein extrem rechtes Netzwerktreffen in einem Potsdamer Hotel statt, über das das Recherchekollektiv CORRECTIV zwei Monate später einen Beitrag mit dem Titel „Geheimplan gegen Deutschland“ veröffentlichte. Neben dem Kopf der österreichischen Identitären Bewegung, Martin Sellner, waren Mitglieder der AfD, der Werteunion, Burschenschaftler, Jurist*innen, Unternehmer*innen und Ärzt*innen anwesend. Laut der Recherche gab es unter anderem einen Vortrag zu „Remigration“, in dem dargelegt wurde, wie gegenüber Staatsbürger*innen, die nicht assimiliert seien, ein „Anpassungsdruck“ erzeugt werden müsse (vgl. CORRECTIV). Nicht erst diese Veröffentlichung offenbart die Gefahr für eine pluralistische, demokratische Gesellschaft, die von der Neuen Rechten ausgeht.

Bereits vor acht Jahren entwickelte Dekonstrukt (www.dekonstrukt.org), das erste Modellprojekt von Kurswechsel, medienpädagogische Handlungsmöglichkeiten und informierte zu Fragestellungen, Zugängen und Distanzierungsarbeit im Feld der *Neuen Rechten*. Das daran anschließende, bis zum Ende der Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ 2024 laufende Modellprojekt Prisma beschäftigt sich weiterführend mit der Herausforderung, eine bisher nicht adressierte Zielgruppe im Bereich der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit Rechts zu erreichen.

Zwei Herausforderungen waren von Beginn des Projekts an besonders groß. Zum einen drängte die Bedeutungszunahme des Internets als sozialer Raum die politische Bildungsarbeit zum Umdenken. Inwieweit ließen sich bereits bewährte Praktiken pädagogischer Intervention in das Social Web übertragen? Zum anderen stellte sich eine weitere Schwierigkeit in Bezug auf die spezifische Adressat*innengruppe: Kann pädagogische Intervention funktionieren, wenn die Adressat*innen von ihr nicht erreicht werden wollen, weil sie keine Notwendigkeit für diese Intervention sehen?

Zu den Adressat*innen gehören junge Männer und Frauen, die sich im Umfeld der *Neuen Rechten* bereits aktiv betätigen (Tertiärprävention), sich entsprechend habituell inszenieren, mit ihr sympathisieren oder erst damit beginnen, sich von Deutungsmustern angesprochen zu fühlen

(Sekundärprävention). Dabei lassen sich Einstellungen offen oder latent ausmachen, sobald z. B. *neurechte* Narrative (online) reproduziert werden. Zugehörige *neurechter* Strukturen sowie junge Menschen, die von ihnen angesprochen werden sollen, waren bis dato keine Adressat*innen von Jugendhilfe im Allgemeinen oder politischer Bildung im Speziellen. Die dem Projekt grundlegende Annahme basiert nicht auf einem defizitorientierten Ansatz, sondern verortet die Zielgruppe in einem zumeist starken sozioökonomischen Umfeld, die sich dem Stereotyp von gewaltsuchenden, desintegrierten (extrem) rechten Personen entziehen. Bei häufig überdurchschnittlicher Ausstattung mit ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital ist es notwendig, dieser Zielgruppe auf ideologischer Ebene zu begegnen. Pädagogische Ansätze sind bislang nicht auf eine Auseinandersetzung mit diesen strukturell gut integrierten Menschen und ihrem intellektuellen Habitus ausgerichtet. Dieses Feld zu vernachlässigen kann katastrophale Konsequenzen nach sich ziehen. Die Infragestellung der als „natürlich“ wahrgenommenen Privilegien der Zielgruppe dient als Mobilisierungsfaktor *neurechter* Propaganda, die trotz der Suggestion, eine „friedliche Bewegung“ zu sein, zu Widerstand aufruft und eben auch in Gewalt münden kann.

Kader der sich als jugendkulturell inszenierenden Identitären Bewegung haben bereits vor einigen Jahren ihren Teil dazu beigetragen, (extrem) rechte Ideologien neu aufzubereiten und über gekonnte Platzierungen innerhalb Sozialer Medien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Mit Hilfe bewährter Marketingstrategien setzen rechte Influencer*innen einen Fuß in den vordemokratischen Raum und schaffen unterschiedliche Angebote auf diversen, für junge Menschen attraktiven Plattformen wie etwa Instagram, YouTube oder TikTok.

Durch die Erprobung verschiedener Methoden der Ansprache ebenjener Adressat*innen auf diversen Kanälen sollen Veränderungsimpulse gesetzt werden. Indem die Zielgruppe auf platzierte Angebote wie themenspezifische Videos reagiert und freiwillig Kontakt aufnimmt, entsteht ein Raum für Austausch und Widerspruch gegen rechte Narrative. Diese Angebote wurden teilweise wahrgenommen, stießen jedoch auch an Grenzen von Möglichkeiten.

Der klassische Begriff der „Ausstiegsarbeit“ bezieht sich historisch gesehen vor allem auf klar benennbare und sichtbare Strukturen wie

Kameradschaften, rechte Cliques oder ähnliche Gruppierungen. Es wird also ein gewisser Grad an Organisation zu Grunde gelegt, der neueste Entwicklungen in der (extrem) rechten Szene, aber auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen nicht berücksichtigt. Nämlich, dass rechte Ideologien und daraus resultierende Handlungen unabhängig vom Organisationsgrad der Täter*innen in den Fokus genommen werden müssen. Viele der rassistisch motivierten Straftaten und Übergriffe im Zusammenhang mit der Flucht- und Migrationsbewegung im Jahre 2015 zum Beispiel sind von „normalen“ Bürger*innen aus der „Mitte“ der Gesellschaft verübt worden, nicht ausschließlich von organisierten Neonazis. Im Zuge dessen mobilisierten neue Bündnisse aus unterschiedlichen rechten Kräften wie Pegida und ihre Ableger zu Großdemonstrationen in der ganzen Republik. Fünf Jahre zuvor hatte der damalige SPD-Politiker Thilo Sarrazin die Grenzen des Sagbaren durch die Veröffentlichung seines Buches „Deutschland schafft sich ab“ verschoben. Damals halb Skandal, halb Bestseller, heute inhaltlich durchaus auch von Politiker*innen in der sogenannten „Mitte“ geteilt.

Wenn eine völkische, nationalistische Partei mit Regierungsambitionen im Bundestag sitzt, sich gesellschaftliche Debatten um z. B. Migration oder Gendern weiter zuspitzen, es weniger wichtig zu sein scheint, zwischen Fake News und Fakten zu unterscheiden, wovon gilt es sich dann zu distanzieren?

Vor diesem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung ist die Verwendung des Begriffs „Ausstieg“, wie er gemeinhin verstanden wird, in unserem projektbezogenen Kontext schwierig. Wenn eine völkische, nationalistische Partei mit Regierungsambitionen im Bundestag sitzt, sich gesellschaftliche Debatten um z. B. Migration oder Gendern weiter zuspitzen, es weniger wichtig zu sein scheint, zwischen Fake News und Fakten zu unterscheiden, wovon gilt es sich dann zu distanzieren? An welche sozialen Grenzen stoßen junge Menschen mit (extrem) rechten Haltungen, wenn diese auch im sozialen Umfeld geteilt werden? Am Anfang eines erfolgreichen Distanzierungsprozesses steht die Voraussetzung, ein Problembewusstsein für die eigene

*„Kurswechsel und perspektivlos sind für das Landesinstitut für Lehrerbildung seit Langem wichtige Kooperationspartner. Nicht nur, weil wir Schüler*innen und Lehrkräfte mit Ausstiegsgedanken verweisen können, sondern vor allem, weil die Beratungs- und Fortbildungsangebote zweierlei für uns sind: eine wesentliche Ergänzung unseres Portfolios sowie eine Einladung zur Selbstbildung auch in Richtung unseres eigenen Teams. Deshalb zögern wir bei Anfragen von Schulen nicht, beide Teams zu empfehlen. Darüber hinaus immer lesenswert: Die Publikationen!“*

Johanna Jöhnck, Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung

(extrem) rechte Haltung zu entwickeln. Warum sollten sich diese jungen Menschen an Beratungsstellen wenden, wenn sie ihre eigene Ideologie nicht als Problem wahrnehmen?

Die *Neue Rechte* als Gegenstand pädagogischer Praxis heute erfordert eine Aktualisierung unseres Verständnisses von extrem rechter Formierung und Mobilisierung sowie erweiterte Perspektiven auf Motive und Prozesse der Hinwendung, Abwendung und Distanzierung. Um dieser Herausforderung begegnen zu können, muss das Problem losgelöst von der Form einer Organisiertheit möglicher Adressat*innen hin zu einem Fokus auf rechte Einstellungen im Allgemeinen gelegt werden. Diese sind in allen Teilen der Gesellschaft zu finden und nicht nur am vermeintlichen rechten „Rand“, wie vielfältige sozialwissenschaftliche Studien (z. B. Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung; Leipziger Autoritarismus-Studien) belegen. ◀

Quellen und Literatur zu diesem Artikel ab Seite 42

PRISMA

Das Modellprojekt PRISMA mit einer Laufzeit von 2020–2024 entwickelt und erprobt mit Methoden der Medienpädagogik Zugänge und Ansprechmöglichkeiten im Feld der Neuen Rechten.

Mehr Informationen unter www.prisma.online

Neben (extrem) rechten Organisationen und Einstellungen, strukturellem und Alltagsrassismus in der Mehrheitsgesellschaft gibt es (extrem) rechte Einstellungen und Bewegungen auch in postmigrantischen Communitys in Deutschland. Das bekannteste Beispiel sind die sogenannten „Grauen Wölfe“, eine türkisch-nationalistische Gruppierung. Weitere (extrem) rechte Einstellungen existieren beispielsweise innerhalb postsowjetischer und osteuropäischer Communitys.

(Extrem) rechte Einstellungen und Organisationen in postmigrantischen Communitys stellen die pluralistische Gesellschaft als Ganzes in Frage. Konkrete Übergriffe bis hin zu Morddrohungen und gezielter Körperverletzung richten sich vorrangig gegen Minderheiten (meist innerhalb postmigrantischer Communitys¹), Regime- und Regierungskritiker*innen sowie Politiker*innen in Deutschland. Oftmals wird diese Bedrohungslage in der Mehrheitsgesellschaft jedoch nicht wahrgenommen, denn aufgrund fehlenden Wissens sind die verschiedenen nicht-mehrheitsdeutschen Ausprägungen (extrem) rechten Denkens vielen Menschen schwer zugänglich und dadurch weniger sichtbar.

Um diesen Ideologien langfristig konsequent und pädagogisch entgegenzuwirken, bietet perspektif:a als Schwerpunkt innerhalb von Kurswechsel fortlaufend ein Distanzierungs- und Ausstiegsangebot, Informationen und Beratung zum Themenfeld sowie Bildungsformate für Fachkräfte an.

Wie auch in der Arbeit von Kurswechsel zur mehrheitsdeutschen (extremen) Rechten, bilden die verschiedenen Einstellungen, die im Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) nach Heitmeyer integriert sind, unseren Ausgangspunkt. Dazu zählen Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Homo- und Queerfeindlichkeit sowie weitere gruppenbezogen-menschenfeindliche Einstellungen. Diese Einstellungen treten häufig gebündelt auf – nach Heitmeyer somit als Syndrom – und sind gleich der mehrheitsdeutschen „Mitte“ auch innerhalb der postmigrantischen Gesellschaft weit verbreitet. Somit zählen zu unserer Zielgruppe nicht nur Personen, die sich in (extrem) rechten

Organisationen und Strukturen bewegen, sondern alle mit (extrem) rechten Einstellungsmustern.²

Im Zentrum unserer Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit steht die Auseinandersetzung mit der (extrem) rechten Ideologie.³ Für die Beratungssituation macht es somit einen großen Unterschied, ob die Beratung beispielsweise mit einer Person aus dem Umfeld der „Identitären Bewegung“ (Kurswechsel) oder der „Grauen Wölfe“ (perspektif:a) stattfindet. Um in den Beratungen kompetent agieren und mit den Ratsuchenden auf Augenhöhe ins Gespräch gehen zu können, müssen wir in Bezug auf die jeweilige Ideologie über Fachwissen verfügen und über aktuelle Entwicklungen informiert sein.

Ein Ziel des Schwerpunktes perspektif:a ist es, die bewährten Konzepte der Tertiärprävention auf das Themenfeld des nicht-mehrheitsdeutschen Rechtsextremismus zu übertragen. Da es sich hier um eine Zielgruppe handelt, die (potenziell) selbst von Rassismus sowie weiteren Formen der Abwertung betroffen sein kann und die eventuell über eine eigene Migrationsbiografie verfügt, ergeben sich zusätzliche Herausforderungen.

Als Schwerpunkt von Kurswechsel hinterfragen und kritisieren wir gesellschaftliche

Die Anerkennung eines gesellschaftlichen Rassismus, der einen Einfluss auf Prozesse der Re-Ethnisierung hat, darf jedoch nicht dazu führen, die (extrem) rechten Einstellungen und Handlungen unserer Ratsuchenden zu relativieren und sie als machtlose „Opfer“ ohne Wahlmöglichkeit wahrzunehmen.

1 im Kontext der Grauen Wölfe z. B. kurdische, alevitische oder armenische Personen

2 vgl. zum Konzept GMF etwa Heitmeyer 2005; zum Vergleich vom GMF bei Personengruppen mit und ohne „Migrationshintergrund“ siehe Zick/Küpper 2019.

3 Zur Bedeutung von Ideologearbeit vgl. Thiel in diesem Band.

Diskurse, die Menschen migrantisieren, ihnen eine selbstbestimmte Verortung anhand von Zugehörigkeit(en) absprechen, Kategorien von Mehrheit und Minderheit reproduzieren und nicht zuletzt diskriminierende Machtverhältnisse aufrechterhalten. So sehr wir diesen Status quo überwunden wissen möchten, kommen wir in unserer Arbeit nicht umhin, Personen(gruppen) auch anhand des Faktors Migration zu betrachten, da dieser den Ideologien der migrantischen extremen Rechten inhärent ist. So arbeiten unterschiedliche Gruppen bewusst mit den Ausgrenzungserfahrungen, um eine Hinwendung und Überhöhung der nationalen Kategorie als identitätsstiftendes Merkmal zu forcieren.

So sehr wir diesen Status quo überwunden wissen möchten, kommen wir in unserer Arbeit nicht umhin, Personen(gruppen) auch anhand des Faktors Migration zu betrachten, da dieser den Ideologien der migrantischen extremen Rechten inhärent ist.

Auf dieser Grundlage gelingt die persönliche Aufwertung durch Abgrenzung von der als feindlich eingestuften Mehrheitsgesellschaft zum einen, zum anderen durch die Abwertung von als Feindbilder definierten Gruppen. Die Zugehörigkeit zu einer einerseits als überlegen, andererseits als unterdrückt wahrgenommenen Gruppe, als welche sich beispielsweise die „Grauen Wölfe“ stilisieren, verhilft den Adressierten zu

imaginerter Macht, die Ohnmacht und Perspektivlosigkeit beantwortet. So können sich die Adressat*innen in einem größeren, gar globalen „Kampf“ auf der Seite der Überlegenen und Rechtschaffenen verorten⁴ – ohne aktiv einen eigenen Beitrag leisten zu müssen, sondern einzig und allein aufgrund des Blickwinkels rassistischer Abstammungsfantasien auf die eigene familiäre Biografie. Die Anerkennung eines gesellschaftlichen Rassismus, der einen Einfluss auf Prozesse der Re-Ethnisierung hat, darf jedoch nicht dazu führen, die (extrem) rechten Einstellungen und Handlungen unserer Ratsuchenden zu relativieren und sie als machtlose „Opfer“ ohne Wahlmöglichkeit wahrzunehmen. Unsere Aufgabe muss es sein, auch nicht-mehrheitsdeutsche Menschen in unserer Beratung als handelnde Subjekte und damit als Täter*innen zu adressieren, um die dahinterstehenden Einstellungen bearbeiten zu können.⁵ Aus Perspektive unseres Angebots halten wir diese klare Benennung für elementar. Zum einen aus Solidarität gegenüber den (potenziell) von der (extrem) rechten Ideologie

Betroffenen, die seit mittlerweile Jahrzehnten um Öffentlichkeit und Respekt für ihre alltäglichen Erfahrungen kämpfen und konkrete politische Maßnahmen fordern, die über Lippenbekenntnisse hinausgehen. Zum anderen soll die notwendige Differenzierung verdeutlichen, dass die Mehrheit der postmigrantischen Bevölkerung, die sowohl von Alltags- als auch von struktureller Diskriminierung betroffen ist, (extrem) rechten Ideologien ablehnend gegenübersteht und ihre Ausgrenzungserfahrungen nicht durch (extrem) rechte Akteur*innen instrumentalisiert lässt.

Eine zentrale Herausforderung in diesem Kontext bleibt, die Bedrohungen durch (extrem) rechte Gruppen mit postmigrantischen Bezügen für (potenziell) Betroffene und die Gesellschaft allgemein ernst zu nehmen und nicht zu verharmlosen. Gleichzeitig dürfen wir dabei nicht von der weit größeren Gefahr der mehrheitsdeutschen extremen Rechten ablenken und menschenfeindliche Einstellungen externalisieren. Daher positioniert sich *perspek'tif:a* deutlich als rassistuskritischer Schwerpunkt mit einer antirassistischen Haltung und setzt die gesellschaftliche Relevanz des Themas ins Verhältnis zur mehrheitsdeutschen extremen Rechten.

Als bundesweit bisher einziges zivilgesellschaftliches Angebot im Bereich der Sekundär- und Tertiärprävention von nicht-mehrheitsdeutschem Rechtsextremismus sind wir in stetigem Austausch mit einem breiten Feld an Akteur*innen und Institutionen, die ihre jeweiligen Expertisen in die Weiterentwicklung und Selbstreflexion des noch jungen Schwerpunktes einbringen. Entsprechend willkommen sind Anfragen, Austausch und konstruktive Kritik. ◀



Der Schwerpunkt perspek'tif:a in Kurswechsel bietet seit 2020 Beratung und Begleitung für Menschen mit (extrem) rechten Einstellungen aus postmigrantischen Communities an sowie Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte zum Thema. Auch Bezugspersonen und Angehörige können sich an den Schwerpunkt wenden.

Mehr Informationen unter www.perspektifa.de

⁴ vgl. hierzu auch Batur 2022

⁵ vgl. hierzu auch Bonvalot 2022



PÄDAGOGIK MIT ZWANG

Chancen und Herausforderungen
der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit
mit (extrem) rechten Menschen
im Zwangskontext



Das Buch „Wie kann ich Ihnen helfen, mich wieder loszuwerden?“ von Conen und Cecchin verweist bereits im Titel auf Herausforderungen und Strategien pädagogischen Handelns im Zwangskontext (Conen & Cecchin 2007). Es thematisiert fehlende Motivation und mangelnden Veränderungswillen von Adressat*innen und den Versuch der Beratenden, eine Beziehungsebene auf Augenhöhe aufzubauen.

Im Allgemeinen besteht das Ziel jeder pädagogischen Arbeit darin, Adressat*innen in die Lage zu versetzen, Selbstwirksamkeit zu erlangen, Herausforderungen, Probleme o. ä. selbstständig bewältigen zu können und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen bzw. herzustellen. Doch was bedeutet das für die Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit, bei der die Bearbeitung oftmals tiefsitzender (extrem) rechter Ideologien zentral ist? Insbesondere im Kontext von Weisungen und Auflagen besteht dabei immer auch die Möglichkeit, dass die Adressat*innen die vorher festgelegte Anzahl an Beratungsterminen zwar wahrnehmen, dabei aber keinerlei Veränderungswille entsteht. Gleichzeitig eröffnet bereits das Zustandekommen einer solchen Beratung Chancen, Veränderungsimpulse zu setzen.

Der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit liegt immer die Annahme zugrunde, „[...] dass Menschen zu Veränderungen fähig sind.“ (Jende et al. 2014: 29) Zusätzlich muss beachtet werden, dass eine Distanzierung voraussetzungsvoll ist und eines hohen Maßes an Reflexionsfähigkeit und Veränderungswillen bedarf. Grundlage hierfür sind die Bereitschaft und die intrinsische Motivation, sich mit den eigenen Denk- und Handlungsmustern kritisch auseinanderzusetzen und diese verändern zu wollen.

Doch wie kann damit umgegangen werden, wenn diese Grundlage (noch) nicht vorhanden ist? Welche Herausforderungen und spezifischen Rahmenbedingungen gibt es? Und vor allem: Welche Chancen bieten sich auch in der Arbeit im Zwangskontext? Kurswechsel-PräJus bietet Beratungen und Begleitungen in Zwangskontexten und mit nicht intrinsisch motivierten Adressat*innen an. Im Gegensatz zur klassischen Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit spricht der Schwerpunkt hier zunächst von einer Interventionsberatung, die konzeptionell die Schwierigkeiten der sozialen Arbeit im Zwangskontext aufgreift und berücksichtigt. Ziel ist dabei, die Interventionsberatung in eine Ausstiegs- und Distanzierungsberatung zu

überführen, sobald bei den Adressat*innen eine Veränderungsmotivation entstanden ist. Ziel einer Interventionsberatung ist es, bei den Adressat*innen eine Veränderungsmotivation zu wecken, sodass sie im Anschluss eine weitere Zusammenarbeit und eine Ausstiegs- und Distanzierungsberatung wünschen.

Zwangskontexte beinhalten strukturelle Rahmenbedingungen, die mit Restriktionen in den Handlungsspielräumen einhergehen und negative Sanktionen zur Folge haben können. Allein durch diese Tatsache wird die Autonomie der Adressat*innen eingeschränkt (Klug & Niebauer 2022: 46). Damit steht die soziale Arbeit in Zwangskontexten vor der Herausforderung, Menschen zu einer Veränderung im Sinne des gesellschaftlichen Wunsches verhelfen zu sollen, trotz möglicher fehlender oder geminderter Motivation oder gar Widerstände aufgrund der freiheitsbeschränkenden Rahmenbedingungen (Klug & Niebauer 2022: 47). Die Adressat*innen sind daher in der Regel nicht intrinsisch, sondern höchstens extrinsisch motiviert. Unter extrinsischer Motivation versteht man die Absicht, negative Folge zu verhindern oder positive Folgen herbeizuführen, wobei die Folgen in erster Linie nichts mit dem eigentlichen Gegenstand zu tun haben (Klug & Zobrist 2021: 19). Das bedeutet für die Beratung im Zwangskontext, dass diese Adressat*innen keinen inneren Wunsch nach ideologischer Veränderung haben, sondern lediglich negative Folgen wie ein schwieriges Verhältnis zur Abteilungsleitung abwenden oder positive Folgen wie eine verbesserte Chance auf vorzeitige Entlassung erwirken wollen. Klug und Zobrist bringen diese Schwierigkeit wie folgt auf den Punkt: „Ohne die innere Überzeugung zu haben, sich verändern zu müssen, passt sich der Mensch den äußeren Regeln an, um dem Drängen anderer zu entgehen.“ (Klug & Zobrist 2021: 19).

Sich den äußeren Zwängen anzupassen und die eingeschränkten Möglichkeiten zu nutzen, um potenziell persönliche Vorteile zu erlangen, kann als nachvollziehbar und legitim erachtet werden. Im Sinne des gesellschaftlichen Auftrags, die ideologische Distanzierung der Adressat*innen zu begleiten, gilt es, eine Inanspruchnahme der Beratung aus reiner Opportunität zu verhindern.

Darüber hinaus wird auch im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung von Präventions- und Deradikalisierungsprojekten im Haftkontext die folgende Schwierigkeit betont: Die Berater*innen müssen ein offenes Angebot bereitstellen und zugleich Skepsis gegenüber der Motivation der Adressat*innen

mitbringen (Schwarzloos et al. 2022: 7). Dennoch gehen pädagogische und sozialwissenschaftliche Ansätze immer davon aus, dass eine auf das Thema bezogene pädagogische Intervention eine deutlich größere Wirkung bei den Adressat*innen erzielt als thematisch unabhängige Sanktionen. Für eine Bearbeitung der (einschlägigen) Straftaten ist dabei eine ideologische Reflexion und Infragestellung der politischen Orientierung unabdingbar, um eine nachhaltige Distanzierung zu fördern (Rieker 2009: 163). Kritische Stimmen merken zudem an, dass die repressiven Mittel der Justiz eine präventive Wirkung verfehlen, weil die Strafen erst Monate, wenn nicht sogar Jahre nach der Tat greifen (Rieker 2009: 20).

Zudem muss beachtet werden, dass auch vermeintlich nicht einschlägige Straftaten durchaus mit (extrem) rechten Denk- und Handlungsmustern in Zusammenhang stehen können und daher im Rahmen einer Interventions- und/oder Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit reflektiert werden müssen. Die Polizei hat nach § 163 Abs. 1 Satz 1 StPO das sogenannte Recht des ersten Zugriffs, das sich auf die ersten Ermittlungen bezieht und eine Straftat einordnet. Im Anschluss trifft die Staatsanwaltschaft die weiteren Entscheidungen im Ermittlungsverfahren auf Basis der Polizeiakte (Singelstein 2022: 15). Für die juristische Praxis bedeutet dies, dass die Staatsanwaltschaft verpflichtet ist, den Hinweisen auf Hasskriminalität nachzugehen, sobald diese von der Polizei vermerkt wurden. Vergleicht man allerdings die Anzahl an Taten, die von der Polizei als politisch motivierte Straftaten ausgewiesen werden, mit den von Betroffenenberatungsstellen und zivilgesellschaftlichen Organisationen erhobenen Zahlen, zeigen sich erhebliche Schwachstellen in der Erkennung politischer Motive auf Seiten der Polizei (Singelstein 2022: 16). Aus diesem Grund liegt ein Fokus unserer Arbeit auch auf der Frage, inwiefern (vermeintlich) nicht-einschlägigen Straftaten eine (extrem) rechte Motivation zugrunde liegt und inwiefern (extrem) rechts motivierte Taten begangen wurden, die strafrechtlich nie verfolgt wurden.

Wie in allen Bereichen der sozialen Arbeit spielt auch im Zwangskontext das Verhältnis von Nähe und Distanz zu den Adressat*innen eine wichtige Rolle. So muss für eine gute Zusammenarbeit eine ehrliche und vertrauensvolle Beziehung aufgebaut werden, die gleichzeitig den professionellen Rahmen nicht verlässt (Schwarzloos et al. 2022: 8). Der Aufbau von Nähe im Beratungssetting wird im Zwangskontext sowohl durch den Zwang als auch durch die Skepsis

der Berater*innen erschwert. Die Skepsis bezieht sich nicht nur auf die Motivation und den Veränderungswillen der Adressat*innen, sondern auch auf die Frage, ob Wahrnehmungs- und Deutungsmuster offen thematisiert werden. Es kann angenommen werden, dass die Adressat*innen menschenfeindliche Einstellungen verbergen, um potenzielle negative Folgen zu vermeiden. Darüber hinaus besteht potenziell immer die Gefahr, dass die Berater*innen von den Adressat*innen als Werkzeug für positive Folgen instrumentalisiert werden. Es kann außerdem davon ausgegangen werden, dass auch seitens der Adressat*innen Skepsis oder Misstrauen gegenüber den Berater*innen besteht, beispielsweise bezüglich der Weitergabe von Informationen. Aus diesem Grund beinhaltet das Konzept der Interventionsberatung von Kurswechsel-PräJus die grundsätzliche Zusicherung von Vertraulichkeit in Bezug auf die Beratungsinhalte. Damit soll zum einen ein vertrauensvolles beraterisches Setting geschaffen werden, in dem die Adressat*innen sich frei äußern und nachdenken können, unabhängig von positiven oder negativen Konsequenzen. Zum anderen soll so der Gefahr der Instrumentalisierung seitens der Adressat*innen entgegengewirkt werden. Daraus ergibt sich für die Berater*innen der essenzielle Auftrag, aktiv an einer vertrauensvollen Arbeitsbeziehung mitzuwirken. Im Hinblick auf die bereits genannten Ambivalenzen sowohl in der Beziehungsarbeit im Zwangskontext als auch in der notwendigen Ideologearbeit ergibt sich die Notwendigkeit für die Berater*innen, den Beratungsprozess und die eigenen Rollen immer wieder kritisch zu reflektieren.

Als weitere Schwierigkeit kann der Beratungsbestandteil aus ideologischer Verunsicherung und den Angeboten zur Orientierung herausgestellt werden. Die Berater*innen setzen ideologische Verunsicherungen und erarbeiten dann mit den Adressat*innen neue Orientierungsmöglichkeiten und Perspektiven (Schwarzloos et al. 2022: 8). Irritationsmomente in Bezug auf die (extrem) rechte Ideologie zu setzen ist ein wesentliches Element der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit, das eine gute Arbeitsbeziehung voraussetzt. Insbesondere bei Interventionsberatungen und einer sich im Aufbau befindlichen Arbeitsbeziehung sind Irritationsmomente zentral, um eine Verunsicherung und ggf. Veränderungsmotivation zu erzeugen; sie können damit aber auch den Aufbau einer guten Arbeitsbeziehung erschweren.

Es kann davon ausgegangen werden, dass auch seitens der Adressat*innen Skepsis oder Misstrauen gegenüber den Berater*innen besteht, beispielsweise bezüglich der Weitergabe von Informationen.

Wie bereits beschrieben kann in einem Zwangskontext zunächst einmal davon ausgegangen werden, dass bei den Adressat*innen (zunächst) eine vor allem extrinsische Motivation vorhanden ist. Eine nachhaltige Distanzierung von (extrem) rechten Denk- und Handlungsmustern bedarf jedoch einer intrinsischen Motivation. Das Ziel der Berater*innen ist damit klar gesetzt: die extrinsische Motivation möglichst in eine intrinsische umzuwandeln. Mit den Möglichkeiten und Bedingungen einer solchen Umwandlung beschäftigt sich seit längerem vor allem das Feld der (psycho-)therapeutischen Ansätze, die auch für den pädagogischen Beratungskontext nutzbar gemacht werden können. Demnach wächst die intrinsische Motivation, wenn Selbstbestimmung und Autonomie gegeben sind, der*die Adressat*in ein Gefühl eigener Kompetenz erlangt, dabei die Problemlösung sich selbst zuschreibt – also Selbstwirksamkeitserwartungen entwickelt – und die situativen Anforderungen durch den*die Adressat*in mit Hilfe der jeweils zur Verfügung stehenden Ressourcen bewältigt werden können (Klug & Zobrist 2021: 20). Hierin liegt die besondere Herausforderung, aber auch die Chance in der Arbeit mit Adressat*innen in Zwangskontexten. Klug und Zobrist sagen dazu: „Selbstverständlich kann sich extrinsische Motivation in intrinsische verwandeln; Menschen können (und dies nicht selten insbesondere dann, wenn sie eine förderliche soziale Umgebung dabei unterstützt) auf äußeren Druck ihre innere Einstellung verändern.“ (Klug & Zobrist 2021: 19f).

Ein erfolgreiches Beispiel dazu aus der beraterischen Praxis von Kurswechsel-PräJus: Ein Inhaftierter aus einer Hamburger Justizvollzugsanstalt fiel durch mehrere einschlägige Tattoos und immer wieder durch (extrem) rechte Äußerungen auf. Daraufhin sollte der Inhaftierte eine Beratung bei Kurswechsel-PräJus in Anspruch nehmen, die er nicht wünschte, der er aber auf Anraten der Abteilungsleitung schließlich zustimmte. Der Inhaftierte zeigte den Berater*innen seinen Widerstand gegen jegliche pädagogische Intervention sehr deutlich; er äußerte offen (extrem) rechte sowie menschenfeindliche Aussagen und lehnte jegliche Änderung seiner Ansichten vehement ab. Die Berater*innen signalisierten Verständnis für die abgestufte Freiwilligkeit im Zwangskontext, spiegelten menschenfeindliche Äußerungen, deckten Widersprüche auf und setzten weitere Irritationsmomente. Dennoch konnte zu diesem Zeitpunkt keine gemeinsame Arbeitsgrundlage gefunden werden. Die Beratungen wurden daher aufgrund des Widerstandes des Inhaftierten

nicht fortgesetzt. Gleichzeitig signalisierten die Berater*innen ihre generelle Offenheit zur Wiederaufnahme der Gespräche. Zwei Jahre später meldete sich der Inhaftierte wieder bei Kurswechsel-PräJus und äußerte den Wunsch, erneut Beratungsgespräche in Anspruch zu nehmen. Er berichtete, dass in der Zwischenzeit einiges passiert sei und er viel nachgedacht habe. Der Adressat ist mittlerweile aus der Haft entlassen, befindet sich nach wie vor in der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung von Kurswechsel-PräJus und ist bereits etliche Schritte in der Distanzierung von seiner (extrem) rechten Ideologie gegangen. Dieser Fall zeigt exemplarisch, dass Veränderungsimpulse auch unter vermeintlich aussichtslosen Bedingungen etwas bewirken können. Es muss allerdings anmerkt werden, dass dies in der Praxis nicht regelhaft stattfindet.

Nichtsdestotrotz liegt die größte Chance für die Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit im Zwangskontext vor allem darin, dass eine initiale Interventionsberatung Adressat*innen erreicht, die (wahrscheinlich) nicht freiwillig eine Beratungsstelle aufgesucht hätten. Gerade der Haftkontext ist für viele Inhaftierte eine Krisenzeit, in der Reflexionsprozesse und Veränderungswille entstehen können, die durch die Interventionsberatung genutzt werden können. So ergibt sich für die Berater*innen die Möglichkeit, im Beratungsprozess immer wieder Irritationsmomente bei den Adressat*innen zu setzen, Widersprüche in Bezug auf ihre ideologischen Einstellungsmuster aufzudecken und diese zu thematisieren. Die begründete Hoffnung dabei ist, dass bei den Adressat*innen Reflexionsprozesse entstehen, die im besten Fall einen Veränderungswillen entstehen lässt. Dass dies möglich ist, sollte mit diesem Text deutlich werden und aufzeigen, warum und wie Kurswechsel-PräJus in Zwangskontexten aktiv ist. <



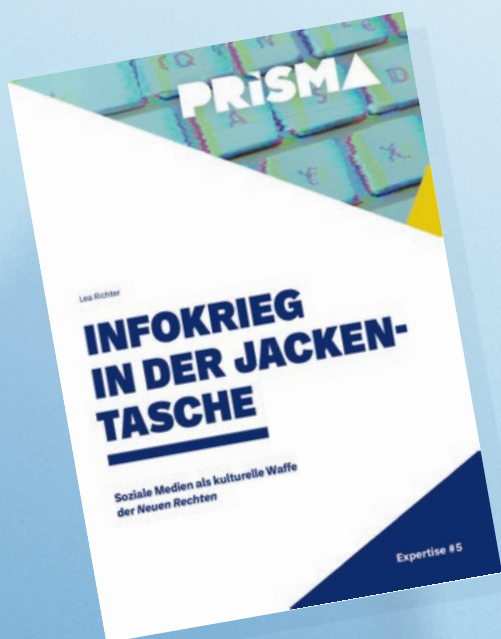
Kurswechsel-PräJus bietet seit 2019 neben der Beratung und Begleitung im justiziellen Bereich auch Fortbildungen für Fachkräfte und Bedienstete zu unterschiedlichen Themenbereichen an.

Mehr Informationen unter www.kurswechsel-hamburg.de/praejus

MATERIAL

Kurswechsel, seine Schwerpunkte und das Modellprojekt PRISMA veröffentlichen regelmäßig umfangreiche Materialien zu verschiedenen Themen im Bereich Rechtsextremismusprävention.

Die Veröffentlichungen können auf den Websites kostenlos heruntergeladen oder bestellt werden.



QUELLENANGABEN

Lehnert/Heyl: Eine kurze Geschichte der Distanzierungs- und Präventionsarbeit mit jungen Menschen im Kontext rechts-extremer Orientierungen

Adrian, Laura, Volker Haase, Anna Heydorn, Michél Murawa, Niklas Vögeding & Harald Weilnböck (2022): Distanzierungsarbeit 03. Zugänge und Beispiele aus der Praxis, online: https://www.cultures-interactive.de/files/publikationen/Flyer%20Broschueren%20Dokumentationen/2022_Distanzierungsarbeit_03.pdf [zuletzt abgerufen am 05.02.2024].

Alternative für Deutschland (2017): Wahlprogramm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Berlin.

Amadeu Antonio Stiftung/Fachstelle Gender und Rechtsextremismus: Positionspapier des AK „Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention“ bei der Amadeu Antonio Stiftung, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2019/01/positionspapier-ak-geschlechterreflektierende-rechtsextremismus-praevention.pdf> [zuletzt abgerufen am 05.02.2024].

Amadeu Antonio Stiftung/Fachstelle Gender, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus (2023): Gender matters. Geschlechterreflektierende Ansätze gegen Rechtsextremismus, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/07/gender-matters-netz.pdf> [zuletzt abgerufen am 05.02.2024].

Baer, Silke, Kurt Möller & Peer Wiechmann (2014): Verantwortlich Handeln: Praxis der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendliche, Budrich Verlag, Opladen/Berlin/Toronto, S.15–69

BAG (2024): Begriffe (in) der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit, online: https://bag-ausstieg.de/wp-content/uploads/2024/06/Begriffe_BAG.pdf [zuletzt abgerufen am 23.07.2024].

BAG (2023): Begriffe (in) der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit, online: https://bag-ausstieg.de/wp-content/uploads/2024/06/Begriffe_BAG.pdf [zuletzt abgerufen am 23.07.2024].

BAG (2022): Wie umgehen mit (extrem) rechten Frauen* und Mädchen*? online: <https://bag-ausstieg.de/wp-content/uploads/2023/09/bag-ausstieg-Gender.pdf> [zuletzt abgerufen am 23.07.2024].

BAG (2019): Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit. https://bag-ausstieg.de/wp-content/uploads/2023/09/Qualitaetsstandards_Ausstiegsarbeit_Rechtsextremismus_BAG_Ausstieg_und_Einstieg.pdf [zuletzt abgerufen am 21.11.2023].

BAG (o.J.): FED rex – Fortbildung zu Einstiegsprävention und Distanzierungsförderung aus der extremen Rechten, online: <https://bag-ausstieg.de/fortbildungen> [zuletzt abgerufen am 23.07.2024].

Bensmann, Marcus, Justus von Daniels, Dowideit, Jean Peters & Gabriela Keller (2024): Neue Rechte. Geheimplan gegen Deutschland. In: CORRECTIV online: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> [zuletzt abgerufen am 05.02.2024].

Birsl, Ursula (2011): Rechtsextremismus und Gender, in: Dies. (Hg.): Rechtsextremismus und Gender, Opladen, 11-28.

Bourdieu, Pierre (2005): Die männliche Herrschaft, Frankfurt a. M.

Burn-Murdoch, John (2024): A new global gender divide is emerging. Young men and young women’s world views are pulling apart. The consequences could be far-reaching. In: Financial Times online: <https://www.ft.com/content/29fd9b5c-2f35-41bf-9d4c-994db4e12998> [zuletzt abgerufen am 05.02.2024].

Claus, Robert, Yves Müller & Esther Lehnert (2010; Hrsg.): „Was ein rechter Mann ist...“ Männlichkeiten und Rechtsextremismus, Berlin.

Claus, Robert & Yves Müller (2010): Männliche Homosexualität und Homophobie im Neonazismus, in: Claus, Robert, Yves Müller & Esther Lehnert (Hrsg.): „Was ein rechter Mann ist...“ Männlichkeiten und Rechtsextremismus, Berlin, S. 109-126.

Connell, Raewyn (1999): Der gemachte Mann, Opladen.

Haas, Julia (2021): „Anständige Mädchen“ und „selbstbewusste Rebellinnen“. Aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen, Marta Press, Hamburg.

Heyl, Charlotte (2023): ‚There are no girls on the internet‘, Eine Analyse der frauenhassenden (Online-) Subkulturen und deren Schnittstellen mit der extremen Rechten, PRISMA, Hamburg.

Krafeld, Franz-Josef (1996): Die Praxis Akzeptierender Jugendarbeit. Konzepte, Erfahrungen, Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendlichen, Opladen.

Kurswechsel (2020): Gemeinsam den Kurs wechseln. Distanzierungsprozesse und Ausstieg aus (extrem) rechten Einstellungen und Gruppierungen unterstützen, online: <https://kurswechsel-hamburg.de/wp-content/uploads/2021/03/Gemeinsam-den-Kurs-wechseln-1.pdf> [zuletzt abgerufen am 23.07.2024].

Lehnert, Esther (2017): Die Relevanz der Geschlechterrollen im modernen Rechtsextremismus. Gender matters!?, in: Kopke, Christoph & Wolfgang Kühnel (Hrsg.): Demokratie, Freiheit und Sicherheit, Baden-Baden, S. 201-220.

Lehnert, Esther & Heike Radvan (2022): Über die Notwendigkeit der Einnahme einer geschlechterreflektierenden und historischen Perspektive in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Sozialen Arbeit, in: Chehata, Yasmine, Christoph Gille & Birgit Jagusch, (Hrsg.): Die extreme Rechte und die Soziale Arbeit, Weinheim, Basel, S. 292-303.

Lehnert, Esther & Heike Radvan (2016): Rechtsextreme Frauen – Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik, Opladen, Berlin, Toronto.

NinA NRW (2020): zwischen „drinnen“ und „draußen“ – Überlegungen zur Ausstiegsarbeit im Jahr 2020, online: <https://nina-nrw.de/2020/12/18/neue-publikation-zwischen-drinnen-und-draussen/> [zuletzt abgerufen am 23.07.2024].

Peters, Jean, Gabriela Keller, Till Eckert, Anette Dowideit & Marcus Bensmann (2024): Neue Rechte. Geheimtreffen in Potsdam: AfD-Mitarbeiter brüstet sich mit Gewalt. In CORRECTIV online: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/17/geheimtreffen-in-potsdam-afd-mitarbeiter-bruestet-sich-mit-gewalt/> [zuletzt abgerufen am 05.02.2024].

Radvan, Heike & Esther Lehnert: Gender und Rechtsextremismusprävention, online: https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/radvan_lehnert_gender_und_rechtsextremismus.pdf [zuletzt abgerufen am 03.08.2021].

Schuhmacher, Nils (2019): Erfahrungen und Ansatzpunkte der pädagogischen Praxis in Distanzierungsarbeit im Kontext der sogenannten Neuen Rechten. In: Kaufmann, Fabian & Lena Sierts (Hrsg.): Impulse. Texte zur pädagogischen Auseinandersetzung mit der Neuen Rechten, Hamburg, S. 27–49.

Virchow, Fabian (2016): „Rechtsextremismus“: Begriffe, Forschungsfelder, Kontroversen, in: Häusler, Alexander, Fabian Virchow & Martin Langebach (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden, 5-41.

Von Drachenfels, Magdalena, Philipp Offermann & Carmen Wunderlich (2018): Radikalisierung und De-Radikalisierung in Deutschland. Eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, 1. Auflage, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main.

Thiel: Ideologearbeit als Kernaufgabe in der Ausstiegsberatung

Allport, Gordon W. (1954): The Nature of Prejudice. Perseus Books.

Baer, Silke (2014): Pädagogische Zugänge in der Rechtsextremismusprävention und Intervention – Entwicklungen und Standards in Deutschland und Europa. In: Silke Baer, Kurt Möller & Peer Wiechmann (Hrsg.), Verantwortlich Handeln: Praxis der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientieren und gefährdeten Jugendlichen (S. 47–66). Opladen: B. Budrich.

BAG „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. (2019): Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit. https://bag-ausstieg.de/wp-content/uploads/2023/09/Qualitaetsstandards_Ausstiegsarbeit_Rechtsextremismus_BAG_Ausstieg_und_Einstieg.pdf (21.11.2023)

BAG „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. (o.J.): Über uns. <https://bag-ausstieg.de/uber-uns/> (21.11.2023)

Bruhns, Lucia (2022): Jung, männlich, ostdeutsch, gewalttätig? Die Debatte um Jugendarbeit und rechte Gewalt seit den 1990er Jahren. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Nr. 49-50: S. 39-45.

Bundesamt für Verfassungsschutz (o.J.): Auftrag und Arbeitsweise. https://www.verfassungsschutz.de/DE/verfassungsschutz/auftrag/auftrag_node.html

Butterwegge, Christoph (2018): Contra Extremismusmodell: „ein inhaltsleerer Kampfbegriff“. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/dossier-linksextremismus/263507/contra-extremismusmodell-ein-inhaltsleerer-kampfbegriff/> (21.11.2023)

Drieschner, Frank (1993): Glatzenpflege auf Staatskosten. DIE ZEIT Nr. 33

Figlesthler, Carmen & Katja Schau (2023): Was wirkt wie und warum? München: Deutsches Jugendinstitut e.V.

Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen – Signaturen der Bedrohung I. Berlin: Suhrkamp.

Kiess, Johannes, Oliver Decker & Elmar Brähler (2015): Was ist eine rechtsextreme Einstellung, und woraus besteht sie? Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/198945/was-ist-eine-rechtsextreme-einstellung-und-woraus-besteht-sie/> (15.11.2023)

Kleffner, Heike (2015): Die Leerstelle in der Fachdiskussion füllen. Sozialarbeit und der NSU-Komplex. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Nr. 40: S. 44-48

Lehnert, Esther & Charlotte Heyl (2024): Eine kurze Geschichte der Distanzierungs- und Präventionsarbeit mit jungen Menschen im Kontext rechtsextremer Orientierungen. In diesem Band S. 7.

NinANRW (2020): zwischen „drinnen“ und „draußen“. <https://nina-nrw.de/wp-content/uploads/2022/06/nina-nrw-zwischen-drinnen-und-draussen-2022.pdf> (01.02.2024)

Milke, Ricarda (2018): Extremismus und Radikalisierung: Versuch einer kritischen Reflexion aus Sicht der Bildungsarbeit. In: Philip Baron, Ansgar Drücker & Sebastian Seng (Hrsg.), Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend)Bildung und der Jugendarbeit (S. 67–72): Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA).

Ozimek, Phillip, Hans-Werner Bierhoff, Elke Rohmann & Stephanie Hanke (Hrsg.; 2022): Angewandte Sozialpsychologie: Ein Lehrbuch. Stuttgart: Kohlhammer

Salzborn, Samuel (2018): Rechtsextremismus? Rechtsradikalismus? Extreme Rechte? Rechtspopulismus? Neonazismus? Neofaschismus? – Begriffsverständnisse in der Diskussion. In: Philip Baron, Ansgar Drücker & Sebastian Seng (Hrsg.), Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend)Bildung und der Jugendarbeit (S. 5–9). Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA).

Salzborn, Samuel (2020): Rechtsextremismus – Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. 4. Aufl. Baden-Baden: Nomos.

Seng, Sebastian, Ansgar Drücker & Philip Baron (2018): Das Extremismusmodell in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit – Kritik einer politischen Denkschablone. In: Philip Baron, Ansgar Drücker & Sebastian Seng (Hrsg.), Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend)Bildung und der Jugendarbeit (S. 3–4). Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA).

Stärck, Alexander (2018): Zur Rekonstruktion des Extremismusmodells. In: Philip Baron, Ansgar Drücker & Sebastian Seng (Hrsg.), Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend)Bildung und der Jugendarbeit (S. 20–26). Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA).

Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Berlin.

Zick, Andreas, Wilhelm Berghan & Nico Mokros (2019): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2018/19. In: Andreas Zick, Beate Küpper & Wilhelm Berghan, Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19 (S. 53–116). Bonn: Dietz.

Zick, Andreas & Nico Mokros (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Andreas Zick, Beate Küpper & Wilhelm Berghan, Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23 (S. 53–89). Bonn: Dietz.

NAVI: ‚Frieden‘, ‚Freiheit‘ und was noch?

COMPACT Education Group (2020): Guide to Conspiracy Theories. https://conspiracytheories.eu/_wp/wp-content/uploads/2020/03/COMPACT_Guide-2.pdf (17.03.2024).

Decker, Frank & Marcel Lewandowsky (2017): Rechtspopulismus: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/240089/rechtspopulismus-erscheinungsformen-ursachen-und-gegenstrategien/> (17.03.2024).

Dilling, Marius, Clara Schliefler, Nele Hellweg, Elmar Brähler & Oliver Decker. Wer sind die Verschwörungsgläubigen? In: Oliver Decker, Johannes Kiess, Aylene Heller & Elmar Brähler (Hrsg.), Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? (S. 209–243) Gießen: Psychosozial-Verlag.

Douglas, Karen M., Joseph E. Uscinski, Robbie M. Sutton, Aleksandra Cichocka, Turkay Nefes, Chee Siang Ang & Farzin Deravi (2019): Understanding Conspiracy Theories. In: *Political Psychology*, 40 (S.3–35). <https://doi.org/10.1111/pops.12568> (17.03.2024).

Holzer, Boris (2021): Zwischen Protest und Parodie: Strukturen der »Querdenken«-Kommunikation auf Telegram (und anderswo). Preprint. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-o5xv3tgm2wye2> (17.03.2024).

Küpper, Beate, Daniela Krause & Andreas Zick: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2002–2018/19. In: Andreas Zick, Beate Küpper & Wilhelm Berghan, *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 117–176). Bonn: Dietz.

Nachtwey, Oliver, Robert Schäfer & Nadine Frei (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. <https://osf.io/preprints/socarxiv/zy3f> (17.03.2024).

ORF1 (2022): Dok 1 – Endstation Verschwörung [Video]. Youtube. https://www.youtube.com/watch?v=tWocAC3e0bM&list=PLcTcQjoMnsi_VhcZm7bcVsZFwaCN1lu1&index=4 (17.03.2024).

Rees, Jonas H. & Pia Lamberty (2019): Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmythen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In: Andreas Zick, Beate Küpper & Wilhelm Berghan, *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 203–222). Bonn: Dietz.

Rippl, Susanne & Christian Seipel (2022): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Erscheinung, Erklärung, empirische Ergebnisse. Stuttgart: Kohlhammer.

Schmuddelkind (2021): Einmal Aluhut und zurück – Die Schmuddelkind Origin-Story [Video]. https://www.youtube.com/watch?v=FX0t_SaL-Or4 Youtube (17.03.2024).

Seemann, Michael & Michael Kreil (2017): Digitaler Tribalismus und Fake News. <https://www.ctrl-verlust.net/digitaler-tribalismus-und-fake-news/> (17.03.2024).

Speit, Andreas (2021). Reichs- und Regenbogenfahnen. Allianzen in Zeiten der Pandemie. In: Heike Kleffner & Matthias Meisner (Hrsg.), *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde* (S.192–200). Freiburg: Herder.

Thiel, Stephanie (2024): Ideologearbeit als Kernaufgabe in der Ausstiegsberatung. In diesem Band S. 13–17.

PRISMA: Und wenn sie nicht erreicht werden wollen?

CORRECTIV: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (22.06.2024)

perspek'tif:a: Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit in postmigrantischen Communitys

Batur, Sertan (2022): Nationalistische Ideologien unter Jugendlichen mit Migrationsgeschichte. Online unter: <https://www.perspektifa.de/blog/diskussionsbeitrag-nationalistische-ideologien-unter-jugendlichen-mit-migrationsgeschichte-drei-unterschaetzte-aspekte-und-ihre-folgen-aus-der-perspektive-der-offenen-jugendarbeit/> (17.06.2024).

Bonvalot, Michael (2022): Konfrontieren statt akzeptieren. Online unter: <https://www.perspektifa.de/blog/diskussionsbeitrag-konfrontieren-statt-akzeptieren/> (17.06.2024).

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2005): Deutsche Zustände, Folge 3. Frankfurt: Suhrkamp Verlag. S. 13–34.

Thiel, Stephanie (2024): Ideologearbeit als Kernaufgabe in der Ausstiegsberatung. In diesem Band S. 13–17.

Zick, Andreas, Beate Küpper & Wilhelm Berghan (Hrsg.) 2019: *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19.* Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: Dietz.

Kurswechsel PräJus

Conen, Marie-Luise & Gianfranco Cecchin (2007): Wie kann ich Ihnen helfen, mich wieder loszuwerden? Therapie und Beratung in Zwangskontexten. Carl-Auer Verlag.

Jende, Sebastian, Judith Berles, Juliane Sophie Fitzner & Margret Kühnapfel (Hrsg.; 2014): *Qualität in der Ausstiegsberatung – Thüringer Beratungsdienst – Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt.* Drudel 11 e.V. 1. Auflage. Jena.

Klug, Wolfgang & Daniel Niebauer (2022): Soziale Arbeit in der Justiz. Professionelles Selbstverständnis und methodisches Handeln. Kohlhammer. Stuttgart.

Klug, Wolfgang & Patrick Zobrist (2021): *Motivierte Klienten trotz Zwangskontext. Tools für die Soziale Arbeit.* 3., überarbeitete Auflage. Ernst Reinhardt Verlag. München.

Rieker, Peter (2009): *Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf.* Juventa Verlag Weinheim und München.

Schwarzloos, Christian, Maruta Herding, Anja Frank, Maria Jakov & Daniel Diegmann (2022): *(Sozial-)Pädagogische Arbeit im Strafvollzug. Impulse und Reflexionsanregungen für die Praxis.* München.

Singelstein, Tobias (2022): *Rechtsextremismus bei der Polizei – Auswirkungen auf den juristischen Alltag, in Ringvorlesung Rechts- extremismus und Justiz – Sammlung interdisziplinärer Perspektiven.* https://www.gesichtzeigen.de/wp-content/uploads/2023/09/themen-heft_03_ringvorlesung_rechtsextremismus-und-justiz.pdf (07.06.2024)



Kurswechsel bietet Menschen mit (extrem) rechten Einstellungsmustern eine Distanzierungsförderung und Ausstiegsbegleitung an – unabhängig von einer möglichen Szenezugehörigkeit. Des Weiteren konzipiert das interdisziplinäre Team spezielle Bildungsformate und berät Angehörige, Fachkräfte und Multiplikator*innen. Ziel ist es dabei, Akteur*innen zu sensibilisieren und zu befähigen, Menschen bei ihrer Distanzierung und ihrem Ausstieg im Sozialraum angemessen zu begleiten.

www.kurswechsel-hamburg.de

Alle Angebote von Kurswechsel sind kostenfrei.
Die Begleitungen und Beratungen erfolgen absolut vertraulich
und unter Schweigepflicht.

Schwerpunkte



www.perspektifa.de

navi

www.navi-hamburg.de



www.kurswechsel-hamburg.de/praejus/

Modellprojekt

PRISMA

www.prisma.online

Ein
Angebot
des

cjd
Das Bildungs- und
Sozialunternehmen